

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Postgebühren.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 3721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Beilagen- oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Die Ursache der Niederlage.

Leipzig, 22. April.

Wir haben also in Belgien eine Niederlage; es ist unnützlich und zwecklos, es zu vertuschen. Wir pflegen zwar zu behaupten: für uns, Sozialdemokraten, giebt es keine Niederlagen. Und diese Behauptung ist in einem bestimmten Sinne vollkommen wahr. Es kann nämlich dem kämpfenden Klassenbewußten Proletariat von keiner feindlichen Macht der Welt eine Niederlage bereitet werden. Erlegt die Sache der Sozialdemokratie auch für einen Augenblick der Uebermacht des Feindes, so reißt sie sich im nächsten Augenblick um so gewaltiger in die Höhe, und das, was die triumphierende bürgerliche Welt in ihrem momentanen Siegestaumel für unsere Niederlage hielt, erweist sich sehr bald als unser Sieg. So war es mit der Niederwegung der Kommune, so war es mit dem Sozialistengesetz.

Aber eine Niederlage in vollem Sinne des Wortes ist es für uns, wenn wir nicht der Uebermacht der Gegner erliegen, wenn wir, ohne es zu einer Machtprobe überhaupt kommen zu lassen, vor dem entscheidenden Kampfe uns selbst für Besiegte erklären. Und das ist leider in Belgien jetzt der Fall gewesen.

„Wir sind geschlagen!“ erklärte Vandervelde den Arbeitermassen im Volkshause am Freitagabend, nach der Verwerfung der Verfassungsrevision im Parlament.

— Noch nicht! antwortete man ihm aus der Menge.

„Was thun?“ frug weiter der belgische Parteiführer.

— Siegen auf der Straße! rief man zur Antwort aus dem Hause.

„Es ist zu früh oder zu spät,“ sagte darauf Vandervelde. „Wir Sozialisten müssen das Wort des Evangeliums aufnehmen: Du wirst nicht töten!“ Aber, führte der Führer weiter aus, der Kampf wird fortgeführt, hartnäckiger, grandioser, fester denn je. Der Streik wird, wenn er fortdauert, von endgültiger Wirksamkeit sein. — Das Wort gehört dem König. — Wir warten, Gewehr bei Fuß.“

Die Fortsetzung des Generalstreiks war also die von den sozialistischen Führern gleich nach der parlamentarischen Niederlage ausgegebene Parole. Am Freitag beschloß noch der Generalrat der Arbeiterpartei einstimmig die Fortsetzung des Generalstreiks. Am Sonnabend schrieb noch das Centralorgan der belgischen Sozialdemokratie, der Brüsseler Peuple:

Wenn die belgischen Arbeiter fest und um jeden Preis entschlossen sind, die Niederlage nicht zu acceptieren, solange sie noch Atem in der Brust, Energie im Herzen haben, so sagen wir ihnen: Legt die Waffen nicht ab! Trotz Leiden, Opfer, Drohungen

des Glücks, haltet aus in dem heiligen Streit des Allgemeinen Wahlrechts! Bleibt aufrecht stehen, damit man Euch wenigstens unter dem Druck der liberalen Bourgeoisie und aller offiziellen Vertreter des Handels und der Industrie die legale Befragung des Landes über das Allgemeine Wahlrecht (Neuwahlen zum Parlament. Die Reibaktion) zugesteht!

Leiden, Opfer, Gluck, wir wollen sie mit Euch teilen, und ein wunderbarer Gluck der Solidarität unter verschiedenen Klassen und Nationen beginnt sie ja bereits zu mildern!

Genossen, gebt nicht nach! Setzt den Generalstreik fort und erhebt überall einen mächtigen Ruf nach der Parlamentsauflösung!

Die Auflösung des Parlaments ist freilich keine Lösung! Aber die Auflösung das ist die Revisionsfrage, gestellt in ihrer ganzen Größe vor dem Lande am 25. Mai, und wir haben die unerschütterliche Sicherheit, daß dies doch den endgültigen Sieg des Allgemeinen Wahlrechts bedeuten wird!

Wir alle, die wir so die Buren bewundert haben, belgische Arbeiter, werden wir es denn nicht verstehen, ihnen in moralischer Größe, in der Selbstaufopferung gleich zu thun?

Die Fortsetzung des Generalstreiks das ist die Rettung des Allgemeinen Wahlrechts, das ist die künftige Revanche, das ist der schließliche Sieg des Volksrechts trotz alledem!

Es lebe der Generalstreik!

Es lebe das allgemeine Wahlrecht!

Es lebe die Parlamentsauflösung!

Das war die Sprache, das war die Losung des Brüsseler Parteiorgans noch am Sonnabend! Und Sonntag früh beschloß der Generalrat der Partei — den Streik plötzlich aufzulösen, die „mit Gewehr bei Fuß“ stehenden 350 000 Arbeiter nach Hause zu schicken!

Ein krasser Widerspruch zwischen den Worten Vanderveldes im Volkshause, zwischen dem Brandartikel des Peuple und dem darauffolgenden Beschluß des Parteivorstandes kann wohl nicht gedacht werden, ein plötzlicher Umfall von einem Tage auf den anderen ist wohl in der Geschichte der modernen Arbeiterkämpfe nicht erlebt worden.

Was war denn geschehen? Welche plötzlich eingetretene neue Wendung in der Sachlage hatte jene schroffe Frontänderung herbeigeführt und die Parteiführer mit einemmal zur Umkehr blasen lassen? Wurde die ersehnte Parlamentsauflösung etwa proklamiert? Oder machten sich etwa in den Reihen der streikenden Massen bereits Zeichen der Ermüdung und der Demoralisation bemerkbar? Oder aber gingen die Mittel des Kampfes zur Neige und galt es, dem äußersten Gluck vorzubeugen?

Nichts von alledem! Der so vielmal um die Auflösung des Parlaments angeflehte König schwieg und schweigt immer noch. Die streikenden Arbeitermassen aber waren noch am

Sonnabend, noch am Sonntag im Zustande der größten Begeisterung, des heroischen Entschlusses, der glühendsten Kampfbereitschaft. Die kleine von uns aus dem Bericht des Peuple herausgegriffene Scene der grandiosen Volksversammlung vom Freitagabend zeigt uns die Arbeiterschaft strotzend vor Kraft, zitternd vor Ungeduld, um in den Kampf zu treten, entschlossen zu allem. Und was die Mittel betrifft, so begannen ja die Unterstützungen erst in kräftiger Welle zu fließen, der Opfermut der Arbeiter selbst, in Deutschland, überall, nahm erst einen kolossalen Anlauf, und die belgischen Genossen konnten mit Sicherheit noch auf eine lange währende Hilfe des internationalen Proletariats rechnen.

Was also war die Ursache der unerklärlichen Kapitulation? Die einzige Antwort darauf giebt uns das am Sonnabendabend von den Progressiv-Liberalen in ihrer Vorstandssitzung angenommene Manifest, in dem es heißt:

Der Generalrat der Progressiv-Liberalen, — — —

beschwört die Arbeiterklasse, auf die Provokationen der Regierung mit politischer Klugheit zu antworten und, um keinen Vorwand zu neuen Repressalien und neuen Massacres zu liefern, den Generalstreik einzustellen, dessen Zweck erreicht ist, da er mit Augenscheinlichkeit den festen Willen der Arbeiterklasse gezeigt hat, das gleiche Wahlrecht zu erringen.

Dies war also die klare Ursache der Frontänderung der belgischen Parteiführer. Die Masse wollte ausbarren, sie war zu jedem Opfer bereit, die Führer erklärten selbst die Fortsetzung des Generalstreiks für absolut notwendig, aber die Bourgeoisie beschloß: Waffen nieder! Und die Sozialisten parierten aufs Kommando der „Alliierten“.

Die belgische Niederlage ist also das Werk der Liberalen. Die auf einem Kompromiß von Anfang an beruhende Allianz mit den Liberalen hat die Sozialisten zu ihrem willenlosen Werkzeug gemacht. Dank der Allianz wurden die Sozialisten in dem erschütternden Drama der letzten Wochen in Belgien nur zum Medium, durch das die Liberalen das Proletariat an der Leine führten, bis sie es — zur Niederlage geführt haben.

Es ist ein trauriges Ergebnis, aber auch dieses wird schließlich nicht so traurig sein, wenn es den belgischen Genossen und uns allen als Warnung, als Lehre dient! ..

Politische Ueberstcht.

Die urkundliche Bestätigung.

Die Deutung, die wir gestern vermutungsweise in unserer Politischen Ueberstcht und heute bestimmter im Beitarikel den Vorgängen in Belgien gegeben haben, wird uns heute früh von

Seuilleton.

Niobe.

Roman aus der Gegenwart von Jonas Lie.

„Ich glaube wohl, Fräulein Minka, man muß einen Nerveneindruck von einer Geistesoffenbarung unterscheiden,“ .. begann Schulteif vorsichtig. — „Nein, nein, ich leugne ganz und gar nicht die Möglichkeit .. Aber solche blutunterlaufene Augen können an und für sich wohl —“

„Ich sage Ihnen, es waren nicht die Augen — es war jemand außerhalb derselben, der mir etwas zu sagen hatte .. Oh, ich entrage das nicht .. Sie wollen etwas von mir .. Sie zwingen und magnetisieren mich gleichsam“ — murmelte sie ..

Plötzlich erhob sie sich. „Jetzt glaube ich allen Ernstes an all das, was Barberg mir in diesem Sommer während unseres Ausflugs erzählte, Schulteif .. Jetzt erst empfinde ich, daß jedes Wort wahr ist — jetzt habe ich die Erfahrung gemacht ..“

Sie grübelte vor sich hin .. „Was kann der Geist mir sagen wollen — was kann es sein .. Glauben Sie, daß er mich warnen will — vor etwas Zukünftigem — etwa einem Unglück ..“

„Sollte es wirklich eine Mitteilung sein, was ich übrigens bezweifle.“

„Dürfte ich Sie ein für allemal bitten, mich mit Ihrem überlegenen Docieren zu verschonen, Schulteif — was ich weiß, das weiß ich. Und wenn Sie nur die

Absicht haben, zu zweifeln und zu kritisieren, dann reden wir lieber nicht mehr davon.“

Sie machte Nieme, sich zu erheben.

„Ich überlegen — docierend! .. Ihrer inneren Ueberzeugung gegenüber, die mir so heilig ist .. Nein, Fräulein Minka,“ — er schlug sich vor die Brust, — „hier — hier hinein können Sie getrost alle Ihre Gedanken senken, wie in einen Brunnen. — Und sind Sie wirklich — wirklich selbst überzeugt, daß es die Materialisation eines Geistes war, eine Art Verkörperung, die durch den eigentümlichen Blick des Auges zu Ihnen redete — in der That die denkbar feinste Geistesprache. — Glauben Sie das, dann glaube ich es, wie ich an Sie glaube.“

„Aber meinen Sie, daß es nur eine Warnung gewesen,“ begann Minka von neuem.

„Wohl nichts weiter. Vermutlich nur eine warnende Stimme.“

„Glauben Sie .. Meinen Sie .. Es erschien mir so rätselhaft. — — — Aber was kann es sonst sein? .. In mir ist solche Unruhe, als müßte ich — müßte ich fort — als würde ich erwartet ..“

„Denken Sie nur,“ lachte sie plötzlich, „heute vormittag war es mir, als müßte ich absolut zur Stadt. Es überkam mich gleich, nachdem ich den Vogel gesehen hatte .. War nicht unangenehm, Schulteif, nur sehr sonderbar — so gruselig, mystisch .. Was könnte es aber sein, das mit mir etwas zu thun hätte?“ fuhr sie vor sich hinstarrend fort. „Ist es jemand, der sich nach mir sehnt, der an mich denkt, der etwas von mir will?“

„Ach nein, nein, Fräulein Minka,“ wehrte Schulteif bestimmt ab, „hier deutet alles auf eine wartende

Stimme hin, einzig und allein eine Warnung, viel eher noch etwas Feindliches!“

„Das Gefühl habe ich nun nicht .. Ja hätte Luft, noch mehr zu sehen.“ — unterbrach sie sich rasch.

„Wir müssen es in Erfahrung zu bringen suchen, Schulteif. — Wir wollen .. Denken Sie wie ich, dann probieren wir es mit der Geisteschrift, die Barberg nicht gelehrt hat. Aber niemand darf etwas davon wissen .. Wir versuchen ein Wort, Schulteif .. Nur irgend ein rundes Stück Papier mit einem Zeiger und großen, am Rande gezeichneten Buchstaben. Wir drehen es und erforschen dann die Antworten ..“

Hören Sie, jetzt ruft man uns zum Essen; aber heute nachmittag zur Kaffezeit beginnen wir.“

Während Minka und Schulteif in den stillen Nachmittagsstunden oben im Schulzimmer mit Fragen und Antworten aus der Geisteswelt ihr Wesen trieben, sah der Doktor unten im Zimmer, umgeben von Zeitungen und Zeitschriften. An den geschäftigen Wochentagen blieb ihm wenig Zeit übrig; daher ward immer eine Menge Lektüre für den Sonntag zurückgelegt.

Ab und zu legte er das Blatt aus der Hand, schritt zum Fenster und blickte hinaus.

Das Wetter war noch trüber geworden; wie ein dichter Schleier lag es auf den Scheiben und in den Fensterwinkeln schimmerte es blank, regennah.

In diesem Nachmittage erwartete er Kjel mit seiner Braut, Thella Feiring; Kjel war schon zeitig am Morgen mit dem Kabriolett zum Bogt Preuß hinauf gefahren. Immer häufiger blickte der Doktor auf die Uhr. Da hielt der Wagen vor der Thür.

„Hier sind die Briefe, Vater,“ — sagte Kjel, herelntretend.

16]

Nachdruck verboten.

unserem belgischen Specialberichterstatter dokumentarisch bestätigt. Es ist so und ist nicht anders: Die Taktik der Liberalen und die Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen der „affilierten“ bürgerlichen Kreise ist für das Vorgehen unserer belgischen Parteigenossen maßgebend gewesen und hat insbesondere in der Frage der Fortsetzung des Generalstreiks den entscheidenden Ausschlag gegeben. Nicht der Hunger, nicht das Elend hat den belgischen Arbeitern die Waffe des Generalstreiks aus der Hand genommen, sondern die wechselseitige Sympathie mit den liberalen Handwerkern und Industriellen, die, auch Anhänger des gleichen Stimmrechts, durch den Streik ruiniert werden könnten, also die Angst um Interessen, die niemals die Interessen der Arbeiterklasse gewesen sind, die aber die liberale Bourgeoisie der Arbeiterklasse als ihre eigenen Interessen ins Gewissen geschoben hat. Wenn man die Verhandlungen liest, die dem Beschluß des Generalrats auf Wiederaufnahme der Arbeit in der Volksversammlung wie auch in der Sitzung des Generalrats selbst vorangegangen sind, so greift man sich an den Kopf und fragt: Wor dem unter den vielen berühmten und hochbegabten Führern der belgischen Sozialdemokratie kein einziger, der der Arbeiterschaft diesen elementarsten Grundtat alles politischen Handelns ins Gedächtnis rief, daß sie nämlich proletarische Klassenpolitik treiben müsse und daß sie verloren sei, wenn sie bei einem taktischen Zusammengehen mit einer bürgerlichen Parteigruppe deren bürgerliche Klasseninteressen für ihr politisches Handeln maßgebend sein lasse? Waren denn die Köpfe der Sozialisten durch die mutigen Kriegskämpfe, mit denen sie ihren Rückzug maskierten, so betäubt und ihre Sinne so verwirrt, daß keinem einzigen das erlösende Wort einfiel: „Aber wir treiben ja hier kleinmütige Kleinbürgerpolitik; wir sind ja nichts anderes, als der Schwanz der liberalen Partei!“ Oder war es endlich das Unglück der liberalen Waffengemeinschaft, die sich hier in ihrer letzten Verfehlung als tragische Schuld erwies? Das Bündnis mit den Liberalen sollte angeblich den sozialistischen Forderungen Sympathien in bürgerlichen Kreisen sichern, es sollte den Arbeitern einen materiellen Rückhalt bieten während des Generalstreikes. Statt dessen bricht der liberale Trug in demselben Augenblick zusammen, da der Ausstand die Profite in Frage stellt. Ein paar Almosen für die streikenden Arbeiter hätten die liberalen Alliierten übrig gehabt; aber die Gefährdung der belgischen Industrie und damit des Profits überhaupt ging ihnen doch über den Spieß. Und so bricht auch der Widerstand der Arbeiterführer in demselben Moment zusammen, da die liberalen Bundesgenossen ausweichen wie Schafleber. Die belgischen Sozialisten haben von Anfang an zu viel mit ihren liberalen Alliierten und zu wenig mit ihrer eigenen Kraft gerechnet.

Ueber den Verlauf der großen Volksversammlung, die am Sonnabend abend im Volkshause stattfand, schreibt uns unser Specialberichterstatter aus Belgien:

2000 Personen sind im großen Saale anwesend. Vorstehender ist Genosse Baed. Das Wort nimmt Bertrand: Wir sind in der Kammer geschlagen, aber wir sind auf dem Wege zum Siege, voll Mut und Hoffnung für die Zukunft. Wir sind der vollen Überzeugung, daß das Seban der Regierung nahe ist. Der Generalrat wird morgen Sitzung halten und die Bestimmungen, welche er treffen wird, werden durch die Arbeiterklasse befolgt werden. (Beifall.) Bereiten wir uns zur nächsten Wahl vor! Vom ersten Tage an der nächsten Session wird die Frage des S. U. (Suffrage universel — Allgemeines Wahlrecht. D. Red.) wieder vor dem Parlament erscheinen. Der letzte Kampf hat Eindruck gemacht. In einigen Monaten wird der Sieg unser sein.

Delvorte: Die Revision ist abgelehnt, aber die Auflösung der Kammer bleibt vorbehalten. Redner erwähnt seinen an den König gerichteten Brief. Der König müsse wissen, ob das Schreiben mit seinem Vorteil zusammenfalle, wenn er seine Dynastie noch einige Jahre erhalten wolle. Er trage jetzt die Verantwortung. Wenn er seine Pflicht übersteht, geht die republikanische Propaganda allein voran. (Beifall.) Der König hätte, trotz allen falschen Rates, vor der Anrichtung nicht wieder gut zu machen den Unheils intervenieren sollen. Die Regierung, der Widerstand müsse fallen. Fast die ganze Bourgeoisie verteidigte das Recht des Volkes. Bald wird die Regierung geächtet werden und das Volk seine Rechte erhalten. Jambaoer (in flämischer Sprache) redet vom Schauspiel in Löwen, wo er die sechs Leichen gesehen habe, daneben die weinenden Frauen mit ihren Kindern. Er mahnt zur Ruhe, nicht allein für die Arbeiter selbst, sondern auch für den Sieg des S. U., wofür schon so viele Märtyrer gefallen seien. Man soll uns nicht mehr davon reden, daß wir auf die Bürgergarden und das Heer rechnen können! Die Garden und Soldaten singen die Marseillaise, aber wenn sie in den Reihen stehen, senden sie den Arbeitern ihre

Augeln. (Panganhaltender Beifall.) Ruhe und Würde also, meine Freunde! Der Tag wird kommen, wo man den Opfern des Kampfes um S. U. Denkmäler auf den öffentlichen Plätzen errichten wird. (Ovation und Enthusiasmus.)

Banbervelde: Zum drittenmal, während acht Tage, ist die Arbeiterklasse in Trauer. Im Centre sind 2 Opfer gefallen, in Brüssel 3, durch die Krallen der durch die Regierung losgelassenen wilden Tiere. In Löwen sind zahlreiche Arbeiter gefallen durch die Krallen der Bürgergarden. Drei Blutstrecken im Zeitraum von einigen Tagen, die an der liberalen Regierung haften. Sie hat mit Blut begonnen; sie wird mit Blut enden. Das Opfer dieser Märtyrer ist groß und wird fürchterlich sich zeigen in der Bewegung der öffentlichen Meinung. Redner betont die Vereinigung zur Sache der Oppositionsparteien und das Proletariat im Streik für sein Recht. Er liest das Manifest der Fortschrittler vor und bemerkt: ob das Ende des Streikes nahe sei, oder ob die Bewegung fortbaure, die Einheit der arbeitenden Klasse wird eben so stark als am Anfang der Schlacht sein. Er schließt mit dem Ruf: Befreien wir unsere Vöden vom schwarzen Ungeziefer!

Baed teilt mit, daß Montag um 5 Uhr eine Versammlung der Sekretäre der Syndikate und der Föderation (Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände. Die Red.) stattfinden wird. Das Meeting schließt um 10 Uhr.

Ein unbezahlbares geschichtliches Dokument für die Beurteilung der Vorgänge in Belgien bildet das Manifest der Progressiven an die Arbeiterschaft. Die tugendhaft heuchlerische, solbungsvolle Sprache der liberalen Dudumäuser will der Arbeiterschaft den Rückzug als einen Akt staatsmännischer Klugheit aufschwätzen und kann doch nicht den materiellen Grund ihrer Feindschaft, die sie selbstgefällig als würdevolle Ruhe ausgeben möchte, gänzlich verhehlen. Nur notdürftig wird die schlotternde Angst zu decken versucht, indem die Fortschrittmänner sich unter den Königsmantel verziehen:

Der Generalrat der Fortschrittspartei bedauert die reaktionäre Verstocktheit der Regierung und der liberalen Majorität, welche im Gegensatz zu den Wünschen der öffentlichen Meinung, die Inbetriebnahme der Revisionsfrage der Verfassung abgelehnt hat. Er ehrt die Entschagung und den Aufopferungsgeist, von dem die Arbeiterklasse bei der Forderung des Allgemeinen Wahlrechts Zeugnis abgelegt hat, und beglückwünscht sie zu der Ruhe und Würde, welche sie allen Herausforderungen zum Trotz bei der Verfolgung ihres Rechtes gezeigt hat. Er fordert sie feierlich auf, der herausfordernden Haltung der Regierung einen schlagenden Beweis politischer Klugheit entgegen zu setzen und, um keinen Vorwand zu neuen Repressalien und zu neuen Megeleien zu geben, den Generalstreik einzustellen, dessen Zweck dadurch erreicht sei, daß der Generalstreik in jeder Weise den unerwünschten Willen der belgischen Arbeiter, die Gleichheit des Stimmrechts zu erlangen bewiesen hat. Die weitere Durchführung des Streiks würde für die Arbeiter unnütze Leiden und für die Industrie und den Handel, deren hervorragende Vertreter entschlossen sind für das S. U. ergriffen haben, schwere Verluste bedeuten. Er erucht daher, daß, wie auch die liberale Linke, eine große Anzahl Gemeinderäte und die Vertreter der größten Handelsassoziationen des Landes es gethan haben, der König von seinem konstitutionellen Vorrecht Gebrauch mache und die Auflösung der Kammer ausprobiere. Nichts jeder schon von jetzt an sein Augenmerk auf die am 25. Mai stattfindende Wahl. Damit dieses Scrutinium eine Richtigung für die durch das Parlament am 18. April 1902 verübte Erdröpfung des Rechtes werde und den Willen des Landes befähige, die liberale Regierung zu stürzen, die jetzt ein zweites Mal Belgien den Gefahren des Bürgerkrieges ausgesetzt hat.

Wenn aber noch ein Zweifel daran bestehen sollte, daß die liberale Taktik im entscheidenden Augenblick das Handeln der Sozialisten bestimmt habe, so wird dieser allemählig widerlegt durch das Manifest des Generalrats der Arbeiterpartei selbst, dessen Wortlaut uns gleichfalls unser belgischer Berichterstatter übermittelt. Dort wird darauf abgehoben, daß das Bündnis zwischen der Arbeiterpartei und den vorgefährteren Elementen der Bourgeoisie „mehr als jemals“ besteht und, genau wie in dem Manifest der Liberalen, das Aufgeben des Streiks als Triumph der Bürgergarden gepriesen, die die schwarzen Anschläge der Liberalen durch politisches Wohlverhalten, durch frommes Abwarten, vereiteln soll. Man lese und urteile selbst:

Arbeiter!
Seit acht Tagen geht Ihr Belgien und der ganzen Welt ein unvergeßliches Beispiel.
Beim ersten Signal der Arbeiterpartei habt Ihr die Arbeit verlassen, auf Euren Lohn Verzicht geleistet, Euer Brot geopfert, um für Euer Recht zu demonstrieren.
Die Reaktion triumphiert nur scheinbar; in Wirklichkeit ist sie überwunden.
Von jetzt an schon ist die Revision als in Wirkung zu betrachten.

Die Regierung sieht es voraus. Herr Woeste unterstellt sich ihr für die nahe Zukunft. Alle Oppositionsparteien sind ihr verwaschen.

Die Arbeiterpartei und die am meisten fortgeschrittene Partei der Bourgeoisie sind mehr als jemals vereint zur Erlangung des allgemeinen Wahlrechts. In dem die liberale Partei die Revision abgelehnt hat, hat sie mit allen Arbeitern, welche noch durch ihren katholischen Glauben an sie gefesselt waren, gebrochen.

Indem sie durch unsühnbare Megeleien oder durch unverzeihliche Verurteilungen die durch ihren eigenen blinden Widerstand provocierten Unruhen niederbrückt, hat sie sich die öffentliche Meinung zum Ankläger gemacht.

Nachdem sie einige der Euren gefesselt ermordet hat, hofft sie Euch zu zähmen durch den Hunger, durch das Elend und durch die Verweisung.

Kameraden, Ihr werdet es verstehen, ihr Vorkhaben zu vereiteln!

Ihr habt die Arbeit zusammen verlassen, und zusammen werbet Ihr sie wieder aufnehmen. Möge der Streik aufhören; den Kampf aber sehe man fort mit mehr Bähigkeit, mit mehr Hartnäckigkeit, mit mehr Enthusiasmus als je!

Von der Kammer der Privilegierten appellieren wir an die Privilegierten selbst, und wir drücken die Ansicht aus, welche die Auflösung des Parlaments diesem selbst auferlegt, und was auch kommen möge, in der festen Überzeugung, daß die Arbeiterpartei viel stärker ist, als sie jemals gewesen ist, rufen wir der Arbeiterklasse zu:

Die Revision ist nahe!
Es lebe das allgemeine Wahlrecht!
Der Generalrat. Die sozialistischen Deputierten.

Die Delegierten der Nationalen Gewerkschaftsverbände. Ueber die Sitzung des Generalrats selbst, in der die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde, erhalten wir eine Darstellung, die unsere allgemeinen Betrachtungen noch ergänzt und bestätigt. Die Sitzung fand Sonntag vormittag 10^{1/2} Uhr statt. Vertreten waren die Gewerkschaftsverbände, eine große Anzahl von lokalen Vereinigungen der Arbeiterpartei, sowie die meisten Kammermitglieder der sozialistischen Linken. Zuerst wurde eine Tagesordnung angenommen, welche den Arbeitern von Löwen das Beileid für die am Freitag gefallenen Opfer ausdrückt und zugleich die belgischen Arbeiter beschwört, „sich nicht neuen Megeleien auszusuchen und sich von diesem Augenblick an vorzubereiten, unsere Toten würdig zu rächen, indem wir in kurzer Zeit die Sache triumphieren lassen, für die sie ihr Blut gelassen haben.“

Dann folgten die Beratungen über den Generalstreik. Die Delegierten der verschiedenen Industriebezirke und der verschiedenen Arbeitsbranchen legten die vorherrschende Stimmung der Bevölkerung der Gegenden dar, die sie vertreten. Eine lange und erregte Diskussion entspann sich; verschiedene Redner sprachen zu Gunsten eines Manifestes der Arbeiterpartei, welches die Arbeiter auffordern sollte, aus eigenem Antriebe den Generalstreik zu beenden. Die meisten Redner konstatierten, daß die Arbeiter die Ablehnung der Revision mit großer Unzufriedenheit aufgenommen haben, zwar ohne entmutigt zu sein und bereit, den Kampf fortzusetzen, wenn auch nicht durch den Streik, so doch durch eine vermehrte Propaganda, welche nicht entwohnen. Zu bemerken sei, daß zu befürchten ist, daß wenn sich der Streik in den industriereichen Gegenden fortsetze, es besonders die Meister und solche Industrielle treffe, welche Anhänger des S. U. sind. Einige wiesen darauf hin, daß die Auflösung der Kammer die Lösung bilde. Es sei sehr unwahrscheinlich, daß die Auflösung unter dem Drucke und während des Streiks geschehe. Der König fühle sich viel freier, die Kammer auf Grund einer Anlehnung der Nation aufzulösen, wenn der Streik beendet sein werde. Sicherlich aber darf die Einstellung der Feindseligkeiten keinen Stillstand in der Arbeiterpartei bilden. Viele Anwesende bedauerten, daß die Beratungen über die Beendigung des Streiks gerade an dem Tage stattfanden, wo man dessen Opfer in Löwen bestattet habe, zumal die meisten Distrikte von Charleroi, Samant u. f. w., wo die Hauptmasse der Streikenden fürs S. U. sich befinden, erst gestern die Fortsetzung des Streiks beschlossen haben. Einige Redner bestanden darauf, daß der Streik fortandern kann und muß. Sie behaupten, wenn der Generalrat die Wiederaufnahme der Arbeit beschliesse, werde

Untersuchend glitt des Doktors Blick darüber hin; dann fiel sein scharfes Auge auf Bente, die hastig näher trat — heiß und nervös infolge eines Briefes von Endre, den sie in der Tasche zerknitterte und aus dem sie, flüchtig hineinblickend, ersehen hatte, daß es sich wieder um Gewährung einer unvermuteten Geldsumme handelte.

Sie sagte nichts, der Doktor und sie waren stillschweigend übereingekommen, niemals über etwas zu reden, das mit Endre in Zusammenhang stand.

„Ein neuer Reisepelz, Mutter,“ rief Kjel, indem er Theklas Hand ergriff und sie präsentierte, „in der Stadt bestellt. Ich erhielt ihn heute morgen, so daß ich ihn ihr gleich mitnehmen konnte. . . Elegant, nicht wahr? — Uebrigens auch ein ganz anständiger Preis. Innen weiches, graues Pelzwerk und Altstragen, Thekla gefällt dergleichen. Könntest Du nur einmal sehen, wie gut er Dir steht,“ — meinte Kjel eifrig, — während er ihr beim Ausziehen behilflich war. . . In unserem Hause muß es einen Spiegel geben, sag ich Dir, worin Du Dich von Kopf zu Füßen beschauen kannst. . . Wir haben auf dem ganzen Wege von nichts anderem geredet als von unserem Hause. . . Es soll ganz modern, zeitgemäß werden — und für zwei selbständige Personen eingerichtet sein.“

„H-m,“ — der Doktor zog es in die Länge, — „dann wäre es ja am besten, wenn jeder in seinem Hause wohnen bliebe, wie früher.“

„Oh, Thekla zieht in kein altmodisches Haus hinein. Unser Haus soll hoch sein, nicht wahr, Thekla.“

Thekla war verschwunden — sie wußte, was jetzt verhandelt werden sollte.

„Ja-a, ich denke wirklich ans Bauen; bei Licht sehen, rentiert sich das schließlich noch am besten,“

meinte er achselzuckend und begann im Zimmer auf und ab zu gehen, „schließlich noch am besten. . .“

„Aber Gott bewahre, Kjel, . . . Geld — Geld. . .“

Kjel wandte sich hastig um und sagte ärgerlich kurz: „Es handelt sich nur darum, was am meisten kostet, Vater — für den Zeitraum von fünf Jahren berechnet — zu bauen oder nicht zu bauen. . . Geld, natürlich gehört Geld dazu. — — — Es handelt sich nur darum, den Unterschied festzustellen zwischen dem, was man sieht, und dem, was man nicht sieht. Thun, als ob man ein armer Mann sei, das ist accurat das Luxuriöseste, das man erkennen kann.“

Der Doktor schien von den Argumenten des Sohnes nicht recht zufriedengestellt; seine Kopfbewegungen drückten deutliches Mißbehagen aus.

„Siehst Du, Kjel,“ wandte Frau Bente vorsichtig ein, „Vater und ich würden so froh sein, wenn Du mit dem Bauen warten wolltest, bis Du ein kleines Kapital zurückgelegt, mit dem Du dann beginnen könntest.“

„Ein Idyll, Mutter — ein Idyll. . . Sein Herz, eine Hütte, zwei Kammern dazu.“ Es ist geradezu das Altmodische, das sich nicht rentiert. — Dort unten in der Mühle wohnen in dem alten Hause — mit dem beständigen Geräusch der nahen Säge — — und das mit einer jungen Frau, die sich nach allen Forderungen der Neuzeit sehnt. . . Und dann nicht gesellschaftlich repräsentieren können. . . wie es einem verheirateten Mann von meiner Geschäftsstellung zukommt, wenn er nur einen einigermaßen vertrauenerweckenden, soliden Eindruck auf seine Mitmenschen machen und nicht auf eine viel niedrigere Stufe herabsinken will — — wo sie mir bei Gott den Kredit verjagen würden. . . Ich habe das alles bedacht. — — Das wahrscheinliche Resultat Deiner Hüttenidee, Mutter, würde mein Konkurs sein.“

„Aber, es giebt ein Ding, das Genügsamkeit heißt, Kjel,“ versetzte die Mutter scharf, „und zwei so junge Leute wie —“

„Auf der anderen Seite dagegen,“ fuhr Kjel eifrig fort, „auf der Kreditseite. Man muß über eine Sache mit sich im Klaren sein: — Die Frau zufrieden — Zeitersparnis — ein Haus, wo man gute Verbindungen knüpft und in seinem Umgange die Häupter der Geschäftswelt versammelt. . . Dann hat man nicht nötig, in der Stadt umherzufahren und um Unterschriften zu betteln, hat Ausfichten, Direktor der Bank zu werden und ist immer sicher vor unzeitiger Kündigung der Gelder. Und so weiter u. f. w. — all die Vorteile und Konsequenzen, die entstehen, wenn man das besitzt, was da Einfluß heißt.“

„Unterschriften und Papiere,“ . . . rief der Doktor hitzig, „weshalb mußt Du absolut Papiere haben? Erweitere Dein Geschäft nach und nach, wenn es Dir Deine Mittel erlauben.“

„Ja, da haben wir's — da stehen wir nun wieder genau auf demselben Fleck“ — meinte Kjel verzweifelt, wie jemand, der einsieht, daß bei solch totem Unverständnis alles Reden vergeblich sei. „Ich will versuchen, es Dir begreiflich zu machen, Vater — Dir nur sagen, daß ein eifriger, thätiger Geschäftsmann immer Geld nötig hat. — Das ist so zu sagen Wasser für die Mühle: Je tüchtiger er arbeitet, desto mehr bedarf er des Geldes. . . Und dann gilt es natürlich, sich einen Weg bahnen, der zu Einfluß und Kredit führt. . . Wäre ich Bankdirektor, so daß alle — jeder Geschäftsmann des ganzen Distrikts sich an mich wenden müßte, um Geld zu bekommen — oh —“

Man vernahm ein leises Stöhnen; Frau Bente seufzte.

(Fortsetzung folgt.)

diese Maßnahme von vielen nicht befolgt werden und große Erbitterung hervorbringen.

Die Abstimmung ergab dann den Beschluß auf Auflösung des Generalstreiks und Wiederaufnahme der Arbeit.

Der offiziöse Telegraph ist äußerst vorsichtig über die Ereignisse in Belgien. Er weiß nur voller Genugthuung zu berichten, daß in Brüssel und den Nachbarorten die Arbeit all- gemein wieder aufgenommen worden ist, daß auch im Bassin von Charleroi wenigstens die Metall- und Glasarbeiter zur Arbeit zurückgekehrt sind.

Ueber die letzten konvulsivischen Zuckungen der verendenden Bewegung werden wir durch nachsichende Privatdepeschen in- formiert:

Brüssel, 21. April. Der Sonntag ist ohne Zwischenfall ver- laufen. Um 8 Uhr fand eine Versammlung der Vertreter der Gewerkschaften statt, in der diesen der Beschluß des General- rats auf Wiederaufnahme der Arbeit, behufs Unterbreitung an ihre Mitglieder, bekannt gegeben wurde.

Charleroi, 20. April. Alles ruhig. Bereits um 11 Uhr wurde die Bürgergarde entlassen. Eine Menge Kaufleute, die eine rote Fahne ausgehängt hatten, wurden seitens der Polizei aufge- fressert, diese eingezogen.

Brügge, 20. April. Bei einer Manifestation wurde auf die Manifestanten gefeuert. 20 Verwundete, 2 davon sehr schwer.

Antwerpen, 20. April. Die Gemeindeautorität der Stadt Antwerpen hat den Arbeitern kategorisch verboten, zu Gunsten des S. U. zu manifestieren. Man war hierauf gefaßt. Ein gleiches Verbot hatte ja die „Autorität“ bereits während des Kampfes der Diamantarbeiter um den Achtstundentag und während der Aus- sperung im Hasen zu Tage gelegt.

Im Borinage, 20. April. Der größte Teil der Telephon- brüche ist in Malon, Baldele und Oranville durchschnitten worden. Dieser Landstrich wird von Jägern zu Pferde bewacht.

Mons, 20. April. Eine großartige Manifestation, bestehend aus liberalen, progressivischen und sozialistischen Gruppen, durchzog ohne Zwischenfall die Stadt.

Jemappes, 20. April. Eine Manifestation, woran circa 15000 Streikende teilnahmen, durchzog heute die Straßen der Stadt. Genossen Verbund und Arbeiter hielten Ansprachen. Ab- bann teilte der Deputierte Verloz den Beschluß des Generalrats der Arbeiterpartei mit, dahingehend, den Streik zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Mitteilung wurde mit Murren und Protestrufen aufgenommen. Die Aufregung ist allgemein.

Herstal, 20. April. Hier wurde ein Attentat gegen das Gemärtegebäude verübt. Eine Bombe, welche am Haupteingang des genannten Gebäudes explodierte, richtete wenig Schaden an. Nur die Fenster wurden zertrümmert und ein Teil der Portals- säule verkrüppelt.

Moulin-sous-Meron im Kreise Lüttich, 20. April. Eine zu Hause des Cler. Havaud gelegte Bombe explodierte und ver- urachte einen auf ca. 7000 Franken geschätzten materiellen Schaden.

Lüttich, 20. April. Im Volkshause machte Genosse Hénaux vor einer zahlreichen Arbeiterversammlung den Beschluß des General- rats bekannt. Er führte an, daß der Kampf zwar provisorisch unterbrochen sei, der Streikzug fürs S. U. aber mit mehr Energie als jemals anfangs. Der Beschluß hat keine Entmutigung hervorgerufen, im Gegenteil haben alle Anwesenden geschworen, den Kampf ums S. U. in der hartnäckigsten Weise fortzusetzen.

Borinage, 20. April. Allem Anschein nach wird der Streik im Borinage laut Beschluß der britischen Vereinigung des Borinages fortgesetzt.

Solignies, 20. April. Die Arbeiter der Steinwerke be- schließen heute, den Streik durchzusetzen.

Verolers, 20. April. Das Bekanntwerden des Generalrats- beschlusses brachte eine allgemeine Entrüstung hervor.

Cent, 20. April. Viele Arbeiter nehmen morgen die Arbeit wieder auf.

Ein bürgerliches Korrespondenzbureau weiß noch zu berichten:

Brüssel, 22. April. Der Gemeinderat verbatte die Be- sprechung der Interpellation über die Unruhen bis auf weiteres, weil die Gemüter noch nicht beruhigt seien. Er bewilligte mit 24 (liberalen und liberalen) gegen 7 (sozialistische) Stimmen die vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Maßregeln, verweigerte aber mit 22 gegen 10 Stimmen den geäußerten Wunsch, zu Gunsten der Wahlreform zu stimmen; angeblich nicht aus Ablehnung gegen diese, sondern weil der Gemeinderat eine abminitrativ und keine politische Körperschaft sei.

Adressen an den König haben die Gemeinderäte von Antwerpen, von Schaerbeck und von St. Josse in Noode beschlossen, ebenso 275 Vertreter von 25000 Proletariern in Veroliers und der Generalrat der Nationalen Liga liberaler Propaganda. Im selben Sinn haben Versammlungen in ver- schiedenen Städten resoliert; auch werden fleißig Unterschriften zu Petitionen an den König gesammelt. In allen diesen Adressen wird der König bestrahlt, von seinen Privilegien Gebrauch zu machen und die Kammer aufzulösen.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 21. April. Im Reichstage hatten die Novelle zum Servisgesetz und der Gesetzentwurf zur Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse keine große Anziehungskraft ausgeübt; das Haus war nur schwach besetzt.

Das neue Servisgesetz ändert nichts an den bisherigen Bestimmungen über den Wohnungsgeldzuschuß, sondern nur an der Einteilung der Orte in die Servislassen. Die Regierung ist damit nicht den Wünschen des Reichstags entgegengekommen, die in einer Resolution von 1897 dieser Novelle einen viel weiteren Rahmen gesteckt hatte. Er hatte 1897 beschlossen, daß die Einteilung der Orte in die Servislassen, die ursprünglich nur zur Berechnung der Einquartierungslisten bestimmt sind, im weiteren auch für die Aufstufung der Wohnungsgeldzuschüsse maß- gebend sind, alle fünf Jahre, statt wie bisher, alle zehn Jahre einer Revision unterzogen werden und daß für die Bemessung der Höhe der Wohnungsgeldzuschüsse nicht mehr ausschließlich die Servislassen als maßgebend betrachtet würden. Die Regierungsvorlage behält aber entgegen diesen Wünschen die bisherige Verknüpfung bei. Sie hat

nur die unterste der fünf Servislassen aufgehoben und eine ziemlich große Anzahl von Orten in höhere Servis- klassen rücken lassen. Die Halbheit, die sich in der Novelle kundgibt, bewirkte es dann auch, daß sie fast bei keinem Redner des Hauses unbedingte Zustimmung fand. Selbst der nationalliberale Redner Hofmann-Dillenburg und der konservative Graf Koon erklärten sich gegen die Be- behaltung dieser Vermischung von Servisgeldern und Wohnungsgeldzuschüssen.

Von breiterer Grundlage aus polemisierte Singer gegen das Ausbleiben der vom Reichstage gewünschten Reform. Er erklärte die besonders den kleinen Beamten gewährten Wohnungsgeldzuschüsse für ganz ungenügend und wies darauf hin, daß, wenn sie die Zolltarifvorlage Gesetz werden sollte, diesen ohnehin schlecht gestellten kleinen Beamten der Brotkorb noch höher gehängt werden würde.

Gegenüber diesen Ausstellungen versteckte sich der Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann hinter die besonders bei kulturellen und sozialen Anforderungen so besonders beliebte schlechte Finanzlage, und Graf Posadowsky meinte, eine Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse könne nur innerhalb eines besonderen Gesetzes vom Reichstage beschlossener werden.

Mannigfache Einwendungen gegen die Vorlage hatten auch die Abgg. Richter und Dr. Bachem zu erheben, und schließlich kamen noch allerlei Lokalwünsche um Er- hebung in höhere Servislassen zum Vorschein, die einen schwachen Abglanz der Herrlichkeit landtäglicher Sekundär- bahndebatten darboten.

Endlich ging die Novelle zur weiteren Beratung an die Budgetkommission, die an den 400 Anträgen un- befriedigter Städte noch ihre helle Freude haben wird.

Die Novelle zur Strafgesetzbuchordnung betreffend den fliegenden Gerichtsstand der Presse dürfte dagegen, wie es den Anschein hat, gleich im Plenum er- ledigt werden. Staatssekretär Dr. Lieberding gab dem Entwurf, der bekanntlich den sogen. fliegenden Gerichts- stand im allgemeinen beseitigen will, ihn für Privatklagen aber geradezu erst legalisiert, eine etwas merkwürdige Empfehlung mit auf den Weg. Die Regierung hätte eigentlich gar nicht die Ueberzeugung von der Notwendig- keit dieser Reform, aber sie habe sich dem Reichstage ge- fällig erweisen wollen. Sie sei schließlich auch mit dem jetzigen Zustand ganz zufrieden.

Der Nationalliberale Dr. Esche war über diese fest- stehende Art eines Entgegenkommens dennoch hoch erfreut und erklärte sich auch mit der Ausnahmebehandlung zu Gunsten der Privatbeleidigungskläger einverstanden. Namens des Centrums erhob Abg. Dr. Spahn die For- derung, daß nicht bloß die periodisch erscheinende Presse, sondern alle Druckschriften vom fliegenden Gerichtsstand befreit würden. Herr Dr. Dertel freilich hielt diese Aus- dehnung nicht für nötig; die feinen Anschauungen ent- sprechenden Druckschriften mögen ja von den Segnungen dieser juristischen Annehmlichkeit im allgemeinen verschont bleiben. Aber selbst der reaktionäre Zeitungsbeherrscher sprach sich gegen die exceptionelle Behandlung der Privat- beleidigungsklagen aus, allerdings im Widerspruch zu dem größten Teile seiner politischen Freunde, die vielmehr ge- rade auf diese Bestimmung hervorragenden Wert legen.

Zu welchen Forderungen in der Praxis diese Sanktio- nierung des fliegenden Gerichtsstandes im Sinne einer Verlegung desselben an den Wohnort des Privatklägers führen muß, wies Genosse Heine mit guten Gründen nach. Er sah in diesem Anhängsel ein Danaergeschenk der Regierung, das uns den ganzen Entwurf verdächtig machen müsse. Eine Annahme dieses Entwurfes würde der Presse mehr Schaden als Nutzen bringen.

Ein Versuch des neu gewählten dänischen Abg. Jessen, bei dieser Gelegenheit allgemeine Klagen über die Behand- lung der Dänen in Nordschleswig vorzubringen, wurde vom Präsidenten vereitelt.

Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt. Außerdem steht die Schaumweinsteuer auf der Tagesordnung.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 21. April. Im Abgeordnetenhause fügten die Kanalrebellen der Regierung heute eine neue empfind- liche Niederlage zu. In den Etat war die erste Rate des auf 5400 000 Mk. veranschlagten Kosten für den Umbau des Bahnhofes in Homburg eingestellt, und es war ein offenes Geheimnis, daß dieser Umbau dem Wunsche der Krone entspricht. Das war für die liberalen Mannesfeelen Grund genug, nachdem die Forderung in der zweiten Lesung gestrichen war, in der heute beginnenden dritten Lesung die Wiederherstellung der Position zu beantragen. In der zwischen der zweiten und dritten Lesung liegenden Zeit hatten sich die Organe dieser Partei, vor allem die königliche Zeitung, redlich Mühe gegeben, die Konservativen bei der Regierung als Männer von nicht genügender mon- archischer Gesinnung zu denunzieren. Im weiteren Verfolg dieser Taktik beantragten sie heute, über die Wieder- herstellung der Position namentlich abzustimmen, um der Regierung einen Fingerzeig zu geben, die Beamten, die dagegen stimmten, wieder über die Klinge springen zu lassen; natürlich erreichten sie durch dies Manöver nur, daß die Konservativen, die bei der zweiten Lesung zum Teil noch für die Position gestimmt hatten, nun geschlossen da- gegen auftraten. Die Ablehnung erfolgte mit 179 gegen 105 Stimmen. Dagegen fand ein freisinniger Vermitt- lungsantrag Annahme; worauf 1 Million für Borarbeiten, Erdarbeiten und Grunderwerb zum Zwecke der Erweite- rung des Bahnhofes in Homburg bewilligt und gleichzeitig die Regierung aufgefordert wurde, den Kostenanschlag nochmals zu revidieren und in der nächsten Session zu be- richten, ob Ermäßigungen der Bausumme möglich seien. Die Konservativen zeigten sich auch diesem Antrage gegen- über fest; er wurde nur infolge des Umfalles der Frei- konservativen und eines Teils des Centrums angenommen. Im übrigen bot die dritte Etatsberatung, die morgen fortgesetzt wird, nichts Bemerkenswertes.

Privates Spiel.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: d. In allen Ordnungsbüchern heimleiert es über den Generalausstand in Belgien, und besonders können ultramontane Blätter sich nicht genug thun in Verdamnung des gegen die geheiligte Autorität sündigenden, aufrührerischen belgischen Volkes. Daß durch die rigorosen Maßnahmen der Industrie-

könige, speziell der Grubenherren im Ruhrrevier, die Gefahr eines Ausstandes geradezu heraufbeschworen wird, das scheint man nicht zu merken; man hegt munter gegen das belgische Volk, um, wenn der von den Unternehmern aufgehäufte Bünd- stoff der Erbitterung Feuer fängt und die Flammen der Em- pörung auch hier lichterloh emporschnellen, ebenso gegen den deutschen Arbeiter zu hegen. Und gerade ist es ein ultra- montaner rheinischer Industriekönig, der mit Anleihen aus Kirchenvermögen die kapitalistische Plusmacherei betreibt, in seinen verschiedenen industriellen Betrieben ca. 20 000 Lohn- sklaven für die Fällung seines Geldsackes schauften läßt, dessen Maßnahmen die allergrößte Erbitterung hervorrufen.

Dieser ultramontane Industriekönig, Thyssen-Wülheim, ist auch Besitzer der Zeche Deutscher Kaiser, auf welcher vor kurzem 67 Ungarn eingestellt wurden. Das geschah auf Schacht II, wie eventuellen Demotierungsgeistern gegenüber ausdrücklich festgesetzt sei. In vorletzter Woche sind überdies in Homborn 250 Italiener angekommen; dieselben wollen Be- schäftigung finden auf noch in Betrieb zu nehmenden Neu- anlagen.

Die Vorliebe des ultramontanen Schülers der nationalen Arbeit springt dem Beobachter in die Augen, der das Herr- schaftsgelände des frummen Ruhrbarmachers von Kirchengeldern durchwandert. Die industriellen Betriebe liegen etwas zerstreut und die überall errichteten Kolonien abseits von dem allgemeinen Verkehr. Das fördert die Isolierung der Werkangehörigen, noch mehr aber geschieht das, weil die Kolonienbewohner meist aus Polen und Oesterreichern bestehen; der deutsche Typus ver- schwindet da vollständig. Eine Wanderung durch die Kolonien lehrt auch, daß der Schnaps noch dazu beiträgt, die Leute in ihrer Indifferenz zu erhalten, wohl nicht zum Verdruß der Unternehmer. In den von dem Unternehmer errichteten Kolonien erhalten die Bewohner dieser Sklavendörfer die notwendigen Waren, das Geld wandert wieder zum modernen Sklavenhändler zurück. Die Leute kommen aus ihren Wohnungen fast nicht heraus, als um zur Arbeit zu wandern, sie hören und sehen nicht, wie es bestellt ist auf dem Arbeitsmarkt, sie kennen nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse, ihr dumpfes Gefühl ist der Diktator ihres Handelns, und darum ist die immer weiter um sich greifende Gärung unter den Arbeitern, die stetig steigende Erbitterung über die rigorosen Maßnahmen so gefährlich.

Und wie man mit dem Feuer spielt, sei noch durch folgende Angabe dargehan. Auf Schacht II der Zeche Deutscher Kaiser, auf der kürzlich 67 Ungarn eingestellt wurden, hat man am 19. April 28 Leute gefeuert, von denen einzelne schon bis zu 10 Jahren auf der Zeche beschäftigt sind! Am Freitag wurde den Leuten das Lohnbuch so spät ausgehändigt, daß 200 Mann nicht mehr anfahren konnten. Die Löhne erfuhren Reduktion von 25 Pfg. bis 1.25 Mark pro Schicht; gekürzt wurde an den Schichtlöhnen, an Metergeld, überhaupt wo nur zu knapen war. Welche Erbitterung da Platz greift, läßt sich ausmalen! Es wurden am Sonnabend Löhne bezahlt an ver- heiratete Leute von 1.80 bis 2.80 Mark und das nicht in wenigen Fällen. — Auf Zeche Neumühl verunglückten am Montag zwei Vergleute in der Grube. Am Dienstag mittag lagen in einer Schiebstarre, die Stundenlang auf dem Bechenshoße stand, blutige Kleidungsstücke und dazwischen lag eine halbe Menschenhand. Ein Arbeiter erklärte: Die Geschichte solle er auf den Müll- haufen fahren! Arbeiterhochzeit! — Auf Zeche Gustab bei Essen wurde durch Anschlag bekannt gegeben, daß die unter- irdisch Beschäftigten 20 Minuten, die Tagearbeiter 10 Minuten vor Schichtbeginn ihre Nummer abgenommen haben müßten. Wahrlieh, die Grubenherren treiben ein fiesvolles Spiel!

* Berlin, 22. April. Der Präsident des Orange-Freistaats Steijn ließ dem Berliner Magistrat 500 Mk. für die durch den Wolkenbruch am 14. April Geschädigten zugehen. Diese Summe ist dem Oberbürgermeister gestern durch Dr. Leyds zugegangen.

Professor v. Behden veranstaltete gestern einen Empfangs- abend in seiner Wohnung, zu dem etwa 400 Vertreter der Regierung, des Heeres, der Marine, der Hochfinanz, sowie Ärzte und Künstler erschienen waren. Unter den Anwesenden befanden sich auch der Kultusminister Studt und Ministerial- direktor Althoff. Der Reichskanzler Graf v. Bülow ließ sich vertreten.

Herr Kaufmann hat gestern Montag morgen Berlin ver- lassen und sich in den Kurort Friedrichroda in Thüringen begeben.

Der preussische Kultusminister hat betreffs der Einführung der neuen Orthographie folgende Verfügung erlassen:

Um Mißdeutungen vorzubeugen, eröffne ich, daß als Zeitpunkt der Einführung dieser Rechtschreibung in den Schulen des mir unterstellten Ressorts der Beginn des Schuljahres 1903/04 in Aus- sicht genommen ist, die endgültige Entscheidung darüber aber nach Lage der Verhältnisse noch vorbehalten bleiben muß. Die Rück- sichten, die auf die Interessen des Buchhandels und der Ver- legerfreise zu nehmen sind, bestimmen mich jedoch, ausdrücklich anzuordnen, daß die Benutzung von ordnungsmäßig zugelassenen Lehrbüchern, die bereits in der neuen Rechtschreibung gedruckt sind, schon in dem jetzt beginnenden Schuljahre 1902/03 nicht beanstandet wird. Auch ist die Anschaffung der Regeln und des Wörter- verzeichnisses für die deutsche Rechtschreibung in der bisherigen Fassung von neu eintretenden Schülern und Schülerinnen nicht mehr zu fordern, sondern zu gestatten, daß sie die „neuen Regeln“ über die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterverzeichnis“ in Gebrauch nehmen. Den Schwierigkeiten, welche der Uebergang mit sich bringen kann, ist überall gebührend Rechnung zu tragen, namentlich auch in der Richtung, daß Neuanschaffungen von Büchern auf Grund der Einführung der neuen Rechtschreibung bis auf weiteres nicht gefordert werden dürfen. Die Schulaufsichts- behörden haben hiernach das Erforderliche zu veranlassen und sorg- fältig darüber zu wachen, daß eigenmächtige Anordnungen, die mit obigen Bestimmungen nicht im Einklange stehen, ferngehalten werden.

Seute so, morgen so — das ist die Devise der offiziellen Verlautbarungen. Gestern noch wurde den erschröckten Verständigungsagariern mit dem Mittel der Reichstags- auflösung gedroht, heute will man ihnen wieder Zeit zu innerer Umkehr und Befehrung lassen. In der Münchener Allgemeinen Zeitung belehrt ein Oberoffiziosus die Welt, daß das Hin- und Herzerren des Zolltarifs in der Kom- mission sich noch bis zum Herbst hinziehen könne. Die Ent- scheidung werde dann im Plenum fallen, das sofort nach Ablauf der Sommermonate in die zweite Lesung des ganzen Tarifs eintreten werde.

Und dabei schreiben wir jetzt erst April! Welche Aus- geburten der Stimmungsmaeherei werden wir da erst in den Tagen erleben, in denen die Phantasie der Zeitungsmenschen durch die Bruthege befruchtet wird? (Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen.

Soziald. Verein L.-Ost.

Mitglieder = Versammlung

Freitag den 25. April abends 7/9 Uhr
 in den **Drei Mohren, Leipzig-Anger.**
 Tagesordnung: 1. Steuerverhältnisse der Stadt Leipzig. Referent: Stadtverordneter **Heinrich Lange.** 2. Diskussion. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Krystall - Palast — Alberthalle.
Königl. Rumänischer Cirkus Cesar Sidoli.
 Heute Dienstag den 22. April 8 Uhr abends
Brilliant-Vorstellung.
 Das Programm enthält 10 Nummern und die Pantomime:
China
 Manege-Schaustück in 5 Akten von 300 Personen, 46 Pferden
ein Ballett von 60 Damen.
 Vorverkauf bei Herrn Flatau, Cigarrengeschäft, Goethestrasse, sowie von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. im Cirkus. [3792]
Morgen Mittwoch: CHINA.

Stadt Hannover.
H. Rödderitzsch, Seeburgstrasse 25-27. [1721]
 Empfehle den geehrten Gewerkschaften meine Lokalitäten, Vereinszimmer u. Saal von 20 bis 300 Personen fassend. Vorzügliche Küche, Mittagstisch, Abendstamm (kleine Preise). Beste Bier. Schöne Fremdenzimmer, saubere Betten.

Gaudlitz's Restaurant, Seeburgstrasse 84
Neu renoviert!
 Verkehrslokal mehrerer Gewerkschaften.
 Geräumiger Saal mit Bühne sowie Gesellschaftszimmer stehen Vereinen, Gewerkschaften u. zur Verfügung.
 Mittags und abends **reichhaltige Speisekarte** zu mäßigen Preisen.
H. Fierz von Riebeck & Co. und Eudor-Büroberg.

Restaurant zur Nonnenmühle, Leipzig Mühlg. 14.
 Empfehle meine freundlichen und geräumigen Lokalitäten zur gefälligen Benutzung. **H. Getränke, gute Küche.** Fräftigen bürgerlichen Mittagstisch sowie jeden Sonntag Schweinskopf. Hochachtung **Gustav Linzenbarth.** Gesellschaftssaal zu Vereins- und Familienfesten steht unentgeltlich zur Verfügung.

Restaurant Stadt Chemnitz, Volkmarndorf, Stallenstr. 12.
 Morgen Mittwoch zum **Einzugschmaus** ladet ganz ergebenst ein [3785] **Friedrich Arnold.**

Gustav Hampel
 Schirmfabrik — Hainstrasse 31
 empfiehlt sein **grosses Lager** in
Sonnen- und Regen-Schirmen
 von den einfachsten bis zu den elegantesten
 Neuheiten in gediegenster Ausführung zu
 billigsten Preisen.
Sonnen-Schirme
 in den apartesten neuesten Farben von
 Mk. 2.50 an.
Regen-Schirme
 von Mk. 1.50 an.
 Reparaturen schnell und billig.
 Telephon 6503.

Kaufen Sie Strohhüte
 für Damen, Mädchen und Kinder
 viel billiger, hübscher und bequemer, als auf der Messe, nur in der
Dresdener Strohhut-Industrie
 Brühl 8 (neben der Hainstrasse). [3230]
 Für Modistinnen billigste Bezugsquelle.

Eine wichtige Sache im Haushalt ist die Wahl einer wirklich guten Seife. Mit
Sunlight Seife
 wird der Hausfrau eine Seife geboten, die alle Vorzüge anderer erstklassiger Seifen in sich vereint. Infolge ihres hohen Reinigungsgehaltes keines wäscheangreifenden Hilfsmittels (Soda etc.) bedarf u. nach jeder Waschmethode mit oder ohne Kochen angewandt werden kann.
 Prima Lauftücher 6.50 Mk., Prima Luftschläuche 5 Mk. Reparaturen an Fahrrädern schnell u. bill. **Schneider & Seldel, Kurprinzstr. 16**
 Stabile Fahrräder für Dam. u. Herren **N 125, 150, 175, 200.** Gebratene Räder billigst. **Sommerlatte, Pfaffenfurter Str. 13.**

Reichs-Ecke Stadtbekanntes Küche!
Rizzi-Bräu (hell und dunkel) Alt-Pilsener.
 Reichsstrasse 45/47, Ecke Brühl.
Täglich Specialgerichte.
 Telephon 5382. [9850] **Paul Danneberg.**

Warnung — Aufforderung.
 Auf Grund der zahlreichen Beschwerden, welche uns fortwährend zugehen, wiederholen wir unsere **Warnung** gegen die hiesigen **Abzahlungs-Zahninstitute**, welche durch Reisende ihr „Geschäft“ betreiben und zugleich neuerdings gegen Herrn Zahnarzt Spielmann, Reichsstrasse, und fordern alle Geschädigten auf, welche ihre Beschwerden noch zu melden haben, diese **baldigst** bei den Geschäftsstellen der **Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe, Leipzig, jur. Person, am Königsplatz 9** oder **L.-Lindenau, Hermannstrasse 29**, anzubringen.
Verein der Zahnkünstler zu Leipzig.
 37891

Für **Sofa-Bezüge** empfehlen wir **allerbilligst**
 Doppelbreiten bunten Moquette-Pflisch von 5.80 Mk. an.
Kameeltaschen
 Glatte und gemusterte Pflische
Einfarbige Stoffe in reicher Auswahl.
Teppiche Vorlagen
 Gardinen, weiss und crème
Portièren Häuserstoffe.
Schäfer & Thomas
 Brühl 45
 parterre und 1. Etage.
 En gros und en détail. [2616]

An **Jedermann** liefere ich auf **Teilzahlung**
Möbel, Konfektion, Kleiderstoffe
S. Sachs
 Gegr. 1880. * Nikolaistr. 31.
 Sonntags von 11-9 Uhr geöffnet.

Samen
 für Einfassungen.
 Frühkartoffeln, Steckwibeln, Georginen, Nelkensenker
Gemüse- und Blumenpflanzen aller Art, täglich frisch.
Moritz Bergmann
 Samenhandlung [3468]
 7b Neumarkt 7b
 nächst dem Gewandgäßchen.

Marienbad
 L.-Neuschönfeld
 Eisenbahnstrasse 66
 Telephon: Nr. 846.
 Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 Uhr bis 8 abends Uhr geöffnet.
 Dampfäder, russ., röm.-irtische Voll- u. Teilbäd., Einpackungen, Specialkurform, anerkannt von, Massage, 1-4 Uhr nachm. nur für Damen. Schwimmbassin 20°, kristallklares Wasser. Montag, Mittw., Sonnab. v. 2-1/2 Uhr nachm. Dienst., Donnerst., Freitag v. 7/9-11 Uhr vorm. Montag abends v. 7/8-9 Uhr: nur für Damen. Wannab. L. u. II. Kl. f. Dam. u. Herr. j. jed. Tag.

Ganz vorzügliche Sämereien und Knollengewächse
 empfohlen in bekannter, zuverlässiger Qualität zu billigen Preisen
Schneider & Fritzsche
 Leipzig
 2 Windmühlenstrasse 2.
 gegenüber der Markthalle.
 3 Stück Plüsch-Garnituren
 10 Stück Plüsch-Sofas
 in weniger modernen Bezügen, aber solide, saubere Arbeit, verkaufe [2806]
mit 30 Prozent Rabatt
Leipziger Möbelhallen
Carl Max Raschig
 Gänge Straße 33, Nähe Marienplatz.

Für den Garten.
 Sämereien, Knollen, Stauden, Rosen, hochstämmig und niedrig, Beerensträucher u. Gemüsepflanzen empfohlen in vorzüglichen Qualitäten zu billigsten Preisen [3026]
Pabst & Kunert
 Leipzig, Windmühlentstr. 23.
Schnellholerei mit Dampfbetrieb
 Münzgasse 7. Vorbatter f. 5. 4/4, 2 1/2, 3 1/2, 4, 4 1/2, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Gardinen, Blaudruck u. vom Staat u. Rester, Barthelemy, a. d. Leipz. Baumwollweberei, f. Bild. m. 6/10, Rab. Anna Lowinsky, Lindenau, Ufer-Neuburger u. Weßstr. 1. 21.
 Lind. Glessenstr. 2.
Int. Speisehaus, Vorzüg. Mittagst.
 Int. Suppe 30 Pf., 6 Speisen 1.70 Mk.

M. Kemski
 6 Nürnberger Str. 6
 dicht am Johannisplatz.
Schlagwerk-Regulator
 wie nebenstehend
 Aufbaumgehäuse mit Schlagwerk halb und voll schlagend unter reicher schriftlicher 5-jähriger Garantie für richtiges Gehen und Schlagen von
Mk. 8
 3446] an.
 Trotz der billigen Preise allen Lesern der Volkszeitung noch 10 Prozent Rabatt.

Reste
 kleinere und grössere von Tuchwaren aller Art sind billig zum Verkauf gestellt
A. Querner, Tuchlager
 Burgstrasse 25, l. neben d. Thür. Hof.
Auffallend
 schnell und harttrocknend sind die **Fussboden-Glanz-Lack-Farben** der **Marien-Drogerie G. O. Heinrich**
 L.-Plagwitz, Karl Helms-Str. 75. Rito 1.50 Mk., 1/2 Rito 80 Pf. Aufpolieren von Sofa 6 Mk., Matratzen 3 Mk. an. Os. Müller, Bahrf. Galtelstr. 33. **Gand. u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchstr. 67**
 Zur Messe auch Rossplatz an d. Königsstr.

Monatsgarderobe.
J. Kindermann, Salzgäßchen 9, l.
 am Markt u. Rathaus.
 Empfiehlt in reicher Auswahl allerfeinste **Frühjahrs-Paletots**, komplette Anzüge, alle Jagds- u. Weiten. Eleg. Fracks u. Gesellschaftsanzüge, auch selbstwe.

Billig! Billig!
25 Sofas
 sind einzeln mit 5 Mk. Auszahlung u. wöchentlich 1 Mk. Abzahlung abzugeben.
S. Osswald
 Königsplatz 7, l.
 gegenüber der Markthalle.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Graf Wofadomsky ist auf seiner Reise nach dem Süden nicht im Ungeheuren gelassen worden, daß sämtliche Bundesstaaten, mit Ausnahme von Preußen, mit aller Entschiedenheit auf die Gewährung von Diäten drängen. So schreibt voll Selbstgefühl der demokratische Stuttgarter Beobachter, der ein klein wenig regierungsfähig empfunden und sich auch offiziell spreizt, seit ein Demokrat württembergischer Kammerpräsident ist. An der Wahrheit der Beobachternotiz braucht man nicht zu zweifeln. Nur wird es in der Sache selbst sehr wenig helfen, wenn man in Stuttgart — Herrn v. Wofadomsky die Notwendigkeit von Diäten begreiflich gemacht hat.

Der Kampf gegen die Kornzölle — eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung? In Solm bei Altona kam im Oktober 1901 eine Volksversammlung mit einem Hamburger Referenten gegen den Zolltarif unter freiem Himmel zusammen. Der Amtsvorsteher verweigerte die Genehmigung. Dagegen wurde erst eine Beschwerde beim Landrat und Regierungspräsidenten versucht und dann Klage beim Oberverwaltungsgericht eingelegt.

Das Oberverwaltungsgericht in Berlin wies die Kläger ab und führte begründend aus: Nach § 9 des preussischen Vereinsgesetzes sei die Erlaubnis zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel zu versagen, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu befürchten sei. Ein solche Befürchtung sei nun aber hier schon deshalb berechtigt gewesen, weil gegen die Erhöhung der Kornzölle und anderer Zölle an einem Sonntag vor einem Publikum gesprochen werden sollte, das sich aus Kreisen zusammensetzt, bei denen der Gemütszustand häufig ist. Hinzukomme, daß die Öffentlichkeit so beschränkt sei, daß auch mit Rücksicht hierauf das polizeiliche Interesse an der Sicherheit des Lebens und der Gesundheit das Verbot rechtfertige.

Der Regierungspräsident zu Schleswig hatte ausgeführt, freilich sei im Vorjahr schon eine öffentliche Volksversammlung in Holm abgehalten worden, aber der Amtsvorsteher habe wohl damals die Verhältnisse nicht richtig beurteilt. Es seien Ausschreitungen zu befürchten von Ziegelfabrikanten und am meisten vom Anhang der Redner, den diese aus der Großstadt mitbrächten. Diese Leute spielten sich auf dem Lande gern auf und beachteten nicht immer die Gebote der Ordnung!

Da sage noch einer, daß wir nicht in einem „Rechtsstaate“ leben.

Herrn v. Orterers Umgang mit Menschen. Der bayerische Kammerpräsident, Dr. v. Orterer, wollte am 18. April von München nach Salzburg fahren, hatte aber seine Freikarte vergessen. Er wurde an der Personsperrre in München zur Vorzeigung seines Fahrtausweises angehalten. Darüber aufgebracht, nannte der Kammerpräsident den Bediensteten einen Ochsen. Diese Beleidigung im Dienste konnte sich der Bedienstete nicht gefallen lassen und mußte deshalb wohl oder übel gegen den Kammerpräsidenten Anzeige erstatten.

Das ist nun schon der zweite Zusammenstoß am Person, bei dem der Hüter des guten bayerischen Kammerpräsidenten seine ruffälligen Manieren spazieren führt. Hoffentlich wird der Bedienstete, der Mitglied des christlichen Eisenbahnerverbandes sein soll, nicht auch diesmal das Opfer seiner Verwünschungen.

Wenn Herr v. Orterer nicht so sehr an der Ueberzeugung von seiner persönlichen Bedeutung litte, würde er es in ähnlichen Fällen halten, wie andere Abgeordnete es zu thun pflegen: er würde sich eine Fahrkarte lösen, um den Beamten einen Konflikt zwischen ihrem Pflichtbewußtsein und der Achtung vor dem Landtage zu ersparen. Dünkt er sich dazu zu erhaben, dann muß die Regierung einschreiten und zum Schutze ihrer Organe dem Herrn Kammerpräsidenten eine Uniform anfertigen lassen. Dreißig mit schwarzem Federbusch, Schleppe und gelbe Schwendendiesel mit goldenen Aufschlägen, weißlederne Hosen mit roten Generalstreifen, hellgrüner Uniformrock mit himmelblauen breiten Aufschlägen und vielen goldenen Sternen: dieses Staatskleid würde dem Ritter des Centrums wohl ausstehen und ihn vor ähnlichen Entgleisungen künftig bewahren.

In rheinischen Centrumskreisen hat, wie uns unser Lüsseldorfer Berichterstatter mitteilt, das Resultat der Gewerbe-gerichtswahl in Duisburg sehr verschupst. Es werden in der Centruumpresse allerhand Lehren aus der Wahl gezogen in Bezug auf die nächsten Reichstagswahlen. Die christlichen Gewerkschaften und ihre Organe sind der Meinung, daß wenn

die Arbeiter mehr als bisher bei der Zusammensetzung der Wahlkomitees berücksichtigt würden, schon viel geschehen sei. Als einfaches Stimmbild wollten die Arbeiter nicht mehr betrachtet werden, sie verlangten eine gewisse Gleichberechtigung, auch müsse der zu nominierende Kandidat für Fortführung der Sozialreform eintreten, wenn man den katholischen Arbeiter für die Wahlen begeistern wolle. Von Seiten der Rheinischen Volkstimme, dem Organ der Centrumsagrarien, wird verlangt, daß man die Reichstagskandidaten nach Verufen für die Kreise aufstelle. Im Wahlkreise Duisburg müsse unbedingt ein Arbeiter aufgestellt werden, und wenn es der Zollgegner Wieber sei, nur so könne der Kreis erobert werden. Taktisch klug sei es, in vorwiegend industriellen Kreisen Arbeiter oder Industrielle, und in vorwiegend agrarischen Kreisen nur Agrarier in Vorschlag zu bringen. Derartige Vorschläge werden wohl bei den leitenden Personen des Centrums auf Widerstand stoßen, denn eine Vertretung nach Verufen in einer so wirtschaftlich bunt zusammengesetzten Partei, welche nur durch das religiöse Bekenntnis ihrer Anhänger zusammengehalten wird, ist ein zu gefährliches Experiment, bei welchem natürlich die Centrumsagrarien nicht schlecht fahren würden.

Kleine politische Nachrichten. Das britische Unterhaus hat mit 290 gegen 61 Stimmen die Erhöhung der Einkommensteuer angenommen. — Im Zusammenhang mit dem Vorschlag Klabautisch sind in Belgrad insgesamt 45 Personen in Anklagezustand verhaftet worden. Die Schlussverhandlung wird nach den griechischen Ostern stattfinden. — Der amerikanische General Smith, auf dessen Weisung ein Major Waller sich allerlei Grausamkeiten gegen Filipinos hatte zu schulden kommen lassen, ist nunmehr unter der Beschuldigung, sich in einer gegen Ordnung und Disziplin verstoßenden Weise geführt zu haben, vor ein Kriegsgericht gestellt worden. — Die Entscheidung über die Abtretung der in dänischem Besitz befindlichen westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten soll nach dem Vorschlage der Mehrheit des Landstehung erst erfolgen, nachdem eine Abstimmung unter den Wahlberechtigten zu den Volksvertretungen dieser Inseln unabweislich zu Gunsten der Abtretung ausgefallen ist.

Rußland.

Die Revolte der Bauern. — Der Held von Blagoweschtschensk. Die fortschreitende Revolutionierung der städtischen Arbeitermassen greift auch auf die Landbevölkerung über. Diese ist nicht mehr jene träge Masse, als wie sie sich in den 70er Jahren zeigte, der engerer Verkehr des platten Landes mit den Industriezentren hat auch in die Dörfer einen frischeren Zug gebracht. Die russische Bauerschaft weist heute in ihren Reihen nicht wenige intelligente Erscheinungen auf, sie beginnt eine immer größere Aufmerksamkeit der Schule zu schenken, die Literatur und die Presse finden auch in der Landbevölkerung Verbreitung. Unter diesen Umständen entwickelt sich unter den Kleinbauern auch ein größeres Klassenbewußtsein, das zuweilen noch kraffe Formen annimmt, aber für die Zukunft das Beste zu hoffen läßt. Aus mehreren Gouvernements des Reiches kommen Nachrichten über Konflikte zwischen den Bauern und den Gutsbesitzern, die nicht überall einen unblutigen Ausgang genommen haben. So ist es z. B. in dem Gouvernement Woronesch zu Zusammenstößen gekommen, weil die Bauern Anspruch auf die Gutsländereien erhoben. Die Gutsarbeiter wurden von den Feldern vertrieben und auf denselben seitens der Bauern Wachtposten aufgestellt, die nur durch ein starkes polizeiliches Aufgebot entfernt werden konnten.

Dabei blieb es aber nicht. Die Bauern strömten in hellen Scharen zu dem Dorfe Schischtschewsk, wo sich der Konflikt abspielte, und bald war die Polizei gezwungen, abzuziehen. Nun wurde eine Compagnie Infanterie dahin beordert, die mehrere der Bauern verhaftete und an den Verhafteten auf der Stelle die Exekution vornahm. Das brachte den ganzen Umkreis so auf, daß bis 15 000 Männer und Frauen mit Senzen bewaffnet erschienen. Die Infanterie zog sich nun zurück und jetzt wurden von allen Seiten Verstärkungen herangezogen. Die halbverhungerten Bauern werden wieder einmal zur Genüge die ganze Milde und Gerechtigkeit der Krone kennen lernen.

Im Gouvernement Tambow wandten sich mehrere Dörfer an die Regierung mit dem Ansuchen, an sie die Ländereien eines reichen Gutsbesitzers zu verteilen, weil sie sonst verhungern müßten. Die Regierung sah in diesem Ansinnen einen revolutionären Akt und hat gegen die Wittfelder eine peinliche Untersuchung eingeleitet.

Im Gouvernement Pskow (Kreis Pskow) hat die Polizei in 22 Dörfern gehäusucht, wobei revolutionäre Schriften aufgefunden worden sind. Die Behörden merken, daß auch hier unter den Bauern eine scharfe Einarung um sich greift, dachten aber anfänglich an die Propaganda des Stundismus, bis sie durch Denunziationen eines Popen auf die echte Spur gebracht wurden. In dem Dorfe Witschaja leisteten die Bauern Widerstand gegen die Verhaftung, der nur durch Anwendung von Gewaltmitteln gebrochen werden konnte.

Im Gouvernement Wjstka sind einige 150 Bauern verhaftet worden, weil sie mehrere verdächtige Zusammenkünfte gehabt haben sollen und durch die Bildung von Bezirkeletern und Bibliotheken regierungsfeindliche Bestrebungen gezeigt hätten. Die vermeintlichen Mädelstührer sind in das Gefängnis nach Moskau gebracht worden.

Der „Held von Blagoweschtschensk“, der im Sommer 1900 Tausende von Chinesen unter dem Feuer seiner Soldaten in die Fluten des Amur trieb, wo sie zum größten Teil elend ertrinken mußten, der Generalleutnant Gribst, ist bekanntlich vor längerer Zeit zur Verfügung des Generals Starachow gestellt, des russischen Generalstabschefs. Es kommt dies einer Verabschiedung ziemlich nahe und läßt die Gerüchte, daß selbst den Russen das Vorgehen Gribstis etwas zu stark war, erneut aufleben. Eine seiner Zeit eingeleitet gewesene kriegsgerichtliche Untersuchung soll allerdings niedergeschlagen sein, da es sich bei den Grenzthaten von Blagoweschtschensk um sehr viele „Wißverständnisse“ gehandelt haben soll.

Unruhen in Finnland.

Die Durchführung der neuen russischen Wehrpflichtordnung für Finnland führt zu ersten Unruhen. Dem Wollischen Bureau zufolge wurde am 17. April in Helsingfors in der Manege der Garnison eine Kontrollversammlung der gestellungspflichtigen Rekruten abgehalten, die eine Menge von etwa 500 Personen durch Vornamen zu führen suchte. Als der Polizeikommissar Kaitolungassa die Manege verließ, wurde er durch Steinwürfe verletzt. Mehrere Schußwunden wurden von der Menge thätlich angegriffen. Bei Wiedereröffnung der Kontrollversammlung hatte sich die Volksmenge noch wesentlich vermehrt. Unter ihr befand sich der Sekretär des finnländischen Senats, Gungghelm, Baron Born, Axel Wikke, die Stadtschulden und andere den gebildeten Ständen angehörige Leute. Von insgesamt 857 Gestellungspflichtigen waren nur 57 erschienen. Zwei Gestellungspflichtige traten an den Gouverneur heran und meldeten ihm, daß die Menge sie verhindere, sich beim Militärbezirkskommissar zu stellen.

Der Polizei gelang es, die Menge zu zerstreuen. Am 18. April morgens 10 Uhr eröffnete die Erprobungskommission ihre Sitzung in der Kaserne des dritten finnischen Leibgardebataillons zur ärztlichen Untersuchung der Rekruten. Eine Menge von mehreren Tausend Personen hielt trotz wiederholten Eingreifens der Polizei und trotz mehrfacher Aufforderungen zum Auseinandergehen den Kasernenplatz besetzt. Die Wache wurde noch durch die nach Aufhebung der Kontrollversammlung aus der Kaserne heraustretenden Rekruten vermehrt. Gegen 2 Uhr nachmittags hatte die Menge den Senatsplatz und alle Nebenstraßen besetzt. Die gesamte Polizei der Stadt wurde aufgeboten, um die Menge zu zerstreuen, war aber ohnmächtig. Polizei und Senatoren, durch die Lage bedrängt, zogen nun fünfzig Kosaken der orenburgischen Kosakendivision heran. Beim Erscheinen der Truppen verließ die Menge zunächst den Platz, drängte aber bald wieder auf den Platz vor. Die Kosaken rückten von neuem vor. Jetzt wandte sich die Menge gegen sie, warf mit Steinen und Eisstücken und schänderte aus den Fenstern der Häuser Holzstücke und Glasfenster mit äbenenden Flüssigkeiten herab. Mehrere Kosaken wurden verwundet. Die Kosaken erhielten den Befehl, ihre Waggons (Stachelpfeisen) zu benutzen. Zugleich wurden noch fünfzig Kosaken und zwei Compagnien Infanterie vom ersten finnländischen Schützenregiment herangezogen. Bei dem Straßenkampf, der sich nunmehr entspann, wurden sechs Schußwunden und ein Kosak verwundet, außerdem viele andere Personen. Vertreter der Stadt und Abgeordnete aus der Menge versprachen jetzt, die Menge zum Auseinandergehen zu bewegen. Hierauf stellten die Truppen ihre Thätigkeit ein, doch wurden noch vier Compagnien Infanterie herangezogen. Bevor diese aber noch auf dem Platz erschienen,

Kleine Chronik.

Leipzig, 22. April.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater geht am Mittwoch bei festlicher Beleuchtung des Hauses Weingartners Operntrologe Drestes mit Frau Belagie Greiff-Andriessen in der Rolle der Alchamnestra als Gast in Scene.

Im Alten Theater gelangt als 19. vollständige Vorstellung zu halben Preisen Minna von Barnhelm zur Aufführung.

Am Donnerstag wird im Neuen Theater die Operette Die Geisha gegeben.

Im Alten Theater findet am Donnerstag die Erstaufführung des neuen 4aktigen Schauspiels Die Kollegin, von Hermann Katich mit Frau Käthe Brand als Gast in der Titelrolle statt. Die übrige Besetzung ist die folgende: Professor Hagemeister; Herr Körner, Ennke, seine Frau; Frä. Wetzel, Marianne, seine Tochter; Frau Käthe Brand als Gast. Hilda, seine Tochter, zweiter Ehe; Frä. Hensgen. Dr. Hagemeister; Herr Krause. Dr. Westphal, Assistent; Herr Grelle. Krüger, Späth, Maggi, Kandidaten vor. nat.; Herr Otto, Hähnel, Guth, Frä. Altmann; Frä. Bieltz. Dr. Brunner; Herr Walter. Menge, Diener; Herr Prof. Frau Geheimrat Köhler; Frä. Graichen. Geh. Regierungsrat Neuborf; Herr Borchardt. Die Regie führt Herr Regisseur Hähnel.

Der Freitag bringt im Neuen Theater die Erstaufführung der neuen Oper Viel Lärm um nichts von Dr. Willers Standford, zu der zahlreiche fremde Bühnenleiter und Kritiker ihr Erscheinen angemeldet haben.

Ernst von Leyden, einer der hervorragendsten Vertreter medizinischer Wissenschaft in Deutschland, seit 1878 Professor an der Universität Berlin, hat, wie bereits gemeldet, am Sonntag seinen siebzigsten Geburtstag gefeiert. Auf dem Gebiete der inneren Medizin, schreibt die freisinnige Zeitung in einer Würdigung seiner Verdienste, ist Leyden in der vielseitigsten Weise thätig gewesen. Seine Hauptthätigkeit wandte er jedoch der Untersuchung der Erkrankungen des Nervensystems zu und speziell die Nervenkrankheiten, der er sein erstes größeres Werk, Die graue Degeneration der hinteren Rückenmarkstränge (1883) widmete, ist von ihm thätig begründet und ausgebildet worden. Weiterhin ist er im Kampfe gegen die Tuberkulose einer der ersten Streiter gewesen, und der praktische

Erfolg der Heilstättenbewegung ist seiner Initiative mit zu verdanken. Leyden hat auch wesentlichen Anteil an der Gründung des Krebs-Komitees, dessen Sammelforschungen schon nach kurzer Frist wichtige Ergebnisse aufzuzeigen konnten, und eben erst hat er auf dem Kongress in Wiesbaden den mutmaßlichen Parasiten des Krebses beschriebenen. Freilich bedarf diese Entdeckung noch der Bestätigung. Eines der größten Verdienste E. v. Leydens ist aber unstreitig, daß er seit vielen Jahren für die Popularisierung der diätetischen und physikalischen Heilmethoden unter den Ärzten mit nie ermüdendem Eifer und reichstem Erfolge eingetreten ist. Er ist auf diesem Gebiete nicht so sehr der Schöpfer und Erfinder neuer Methoden gewesen, als er vielmehr mit festerem Blick unter den bestehenden die entwicklungsfähigsten erkannte. Ueberhaupt war er stets bestrebt, seinen Schülern einzuprägen, daß nicht allein die Verordnung von Rezepten Kranke gesund mache, sondern daß besonders die Beachtung und Bestimmung aller Faktoren der nächsten und entfernteren Umgebung des Kranken hierzu in hervorragender Weise geeignet und sogar erforderlich ist. v. Leyden hat gelehrt, daß die Krankenpflege das hauptsächlichste, ja in vielen Fällen das einzige Mittel ist, durch welches Kranke gesundet, und daß neben der Pflege des Menschen den übrigen Heilfaktoren, der Natur, der Ernährung, der Luft und dem Licht, größere Beachtung für die Behandlung der Kranken von den Ärzten zu schenken sei. Wichtiger aber als die Heilung der Krankheiten ist deren Verhütung, und auf dieses Ziel hin ist die ganze Lebensarbeit Leydens gerichtet. Darum hat er sich in besonderen den Verbreitungen angelassen, die durch Wort und Schrift das Volk über alle seine Gesundheit betreffenden Fragen in leicht verständlicher, auf streng wissenschaftlicher Grundlage beruhender Weise aufzuklären suchen und so, ohne Krampfzucker zu ergießen, dem Arzte am besten vorarbeiten.

Beethoven über den Freischütz. Als Weber die Partitur seines Freischütz beendet hatte, schickte er dieselbe an Beethoven, da er dessen Urteil gern hören wollte. Beethoven las die Partitur und fand sie an Weber wieder zurück mit der kurzen Bemerkung, daß er rate, keine Oper mehr zu schreiben. Weber, der wohl einige anerkennende Worte erwartet hatte, war schon verstimmt hierdurch, und als er bald darauf Gelegenheit hatte, mit Beethoven persönlich zusammenzutreffen, fragte er ihn, ob er denn die Musik zum Freischütz für so schlecht halte, da er ihm solchen Rat erteilt habe.

„Für so schlecht?“ erwiderte Beethoven, — „nein, im Gegenteil, sondern für so gut, daß ich glaube, Sie werden keine zweite solche Oper fertig bekommen.“

Non omnis moriar! Böcklins Ruhestätte auf dem Friedhofe der Fremden zwischen Maxenz und der Certosa di Val d'Enza ist seit kurzem mit einem Grabmal geziert, das in seiner schlichten Monumentalität würdig ist des großen Toten, an den es erinnern soll. Eine Platte deckt das ganze Grab. Darüber erhebt sich auf einer Stufe ein altartiger Unterbau, der eine mächtige dorische Säule trägt. Auf dieser liegt eine Platte, worauf eine steinerne Mägenurne von einfacher runder Form Platz gefunden hat. Der Unterbau trägt als Aufschrift das Horazische Wort: Non omnis moriar (Nicht ganz werde ich sterben). Die Aufschrift der Grabplatte verleiht lebhaft Namen und Lebensdaten des Meisters. Das ganze Monument ist aus Travertin gebaut. Entworfen ist es von dem ältesten Sohne des Meisters, Carlo Böcklin. Der festerliche Eindruck wird durch den Hintergrund einer Cypressenallee nicht wenig erhöht.

Goethe als „Erfinder“ der Nachmittagsvorstellungen. Das Journal des Débats hat eine interessante Entdeckung gemacht. Man glaube bis jetzt allgemein in Frankreich, daß die Nachmittagsvorstellungen oder „Matinées“ in den Theatern vor etwa dreißig Jahren von dem Franzosen Vallade erfunden worden seien; das war aber nicht der Fall, der Vater der „Matinées“ ist vielmehr eine viel bedeutendere Persönlichkeit: Goethe. Die Erfindung ist unter solchen Umständen natürlich viel älter als dreißig Jahre, sie datiert von 1825. „Das Theater in Weimar“, schreibt das französische Blatt, „das Goethe zu der Zeit, wo seine Stücke und die Stücke Schillers die deutsche Bühne zu beherrschen begannen, so lange und mit solcher Energie geleitet hatte, war durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Goethe hatte beschloffen, dem Großherzog den Bau eines neuen, größeren und schöneren Theaters in Vorschlag zu bringen. Als man ihm gegenüber die Bemerkung machte, daß ein so schönes Theater schönere Dekorationen und eine größere Truppe erfordere, und daß die Einnahmen nicht hinreichen würden, die Ausgaben zu decken, antwortete er, daß er mehrere Mittel habe, die Einnahmen zu erhöhen, unter anderem eines, von dem er sich viel verspreche. Man fragte, was er eigentlich thun wolle. „Ich würde ein sehr einfaches Mittel anwenden“, sagte er, „ich würde am Sonntag nachmittags spielen lassen. Ich würde mindestens

zerstreute sich die Menge allmählich, so daß die Truppen zurückgezogen werden konnten und die Aufrechterhaltung der Ordnung wieder der Polizei überlassen wurde. Auf dem Rückwege nach der Kaserne wurden die Kosaken aber wieder von der Menge angegriffen. Gegen 11 Uhr nachts versammelte sich wiederum eine Volksmenge vor dem Senatsplatz und zog dann auf die Caplanadenstraße, verließ sich aber gegen 1 Uhr. Der Rest der Nacht verlief ohne weitere ernstere Unruhestörungen.

China.

Aufbruch.

Ein Telegramm aus Wutschau vom 21. April meldet, daß Manningfu noch unbehelligt sei, wenngleich daselbe von Aufständischen in einer Entfernung von 15 Meilen umgeben sei. Der Fluß sei für den Verkehr noch offen.

Der Krieg in Südafrika.

Frieden?

London, 21. April. Im englischen Unterhaus verweigert Balfour die Beantwortung der Anfrage O'Kellys: "Warum kann, wenn die Burenkommandos über die Friedensbedingungen informiert werden, nicht auch das Haus darüber informiert werden?" — Im Laufe der Debatte sagte der Schatzkanzler Hicks Beach, nichts könne vorzüglicher sein, als Gerüchte über Friedensverhandlungen.

Der Korrespondent des Standard in Pretoria telegraphiert diesem Blatte unter dem 19. April: "Ich habe erheblichen Grund, zu glauben, daß man versuchsweise ein Abkommen getroffen hat, welches, wenn nicht etwas Unvorhergesehenes eintritt, sich als ein wechselseitig erfreuliches erweisen wird. Wie ich höre, ist auf Initiative der Buren selbst schließlich die Grundlage eines gesicherten Friedens erlangt worden. Die Bürger werden aufgefordert werden, an verschiedenen Sammelplätzen zu erscheinen, wo ihnen an bestimmten, vorher vereinbarten Terminen die britischen Bedingungen in klarer Weise vorgelegt werden. Mittlerweile wird jedoch keine Einstellung der Feindseligkeiten eintreten, außer an den vereinbarten Terminen der verschiedenen Versammlungen der Bürger." —

Louis Botha ist auf dem Wege nach Brnyheid, von wo aus er sich weiter begibt, um sich mit den Burenbelegierten über die Ergebnisse der Zusammenkunft in Pretoria zu beraten.

Aus der Partei.

Genosse Anton Bredendek vor dem Reichsgericht. Wegen Beleidigung ist am 23. Januar vom Landgericht Dortmund Genosse Bredendek unter Einrechnung einer ihm am 26. September v. J. auferlegten dreimonatigen Gefängnisstrafe, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ihn war ein Bericht über Ausschreitungen der Polizei bei einem Feste des Arbeitergesangsvereins in Eving zugefandt worden und er hatte diesen Bericht, weil er ihm übertrieben schien, beiseite gelegt. Als man dann in ihn drang, ihn doch zu veröffentlichen, begab er sich selbst nach Eving und zog bei den ihm namhaft gemachten Arbeitern Erkundigungen ein. Diese fielen ganz im Sinne des Berichtes aus, und nunmehr veröffentlichte er den Bericht. Die darin als Gesetzesübertreter bezeichneten sechs Polizeibeamten und Gendarmen fühlten sich dadurch beleidigt und stellten Strafantrag. Das Landgericht hat festgestellt, daß der Bericht der Wahrheit nicht entspricht. Die Revision Bredendeks, der sich über Verkennung des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) beschwerte, wurde dem Antrage des Reichsanwalts gemäß vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Genosse Bredendek verbüßt gegenwärtig jene drei Monate, mit denen die hier in Frage kommende Strafe zusammengezogen ist. Nach Verbüßung der insgesamt 6 Monate Gefängnis wird er der deutschen Justiz einen etwa zweijährigen Tribut gezollt haben.

Genosse Hermann Seifarth, der Verantwortliche unseres Geraer Bruderblattes, hat auf eine Woche Freiquartier im Geraer Gefängnis bezogen, um seine Preßhinde wegen Beleidigung des Pastors Garthe in Thüring abzubüßen. Das Urteil des Schöffengerichts lautete auf zwei Monate Gefängnis, das Strafmaß wurde in der Berufungsinstanz vor der Strafkammer aber auf eine Woche ermäßigt. Genosse Seifarth ist das Opfer einer falschen Berichterstattung geworden.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Leipzig, 21. April.

Aus dem Großstadtsumpf. Am 3. März hatte der Fleischermeister D. aus Möckern nach einer Bier- und Weinreise durch die Stadt, wo er in später Nacht in einer Weinstube am Brühl landete, eine im Lokal ihre "Kunst" als Akrobatin ausübende Kripiin zu einem Gläschen Wein eingeladen, welcher Einladung diese auch Folge leistete. Schließlich lehnte sie, die noch ein halbes Stund war, auch eine Droschkenfahrt nicht ab. Untertwegs aber, als D. eingeschlafen war, entwendete sie ihm die goldene Uhr im

40 Ergänzungsvorstellungen haben, und es wäre sehr traurig, wenn die Masse nicht jährlich zehn- bis fünfzehntausend Thaler verdiente." Und er erinnerte daran, daß die so zahlreiche Arbeiterklasse die ganze Woche beschäftigt sei, und daß sie am Sonntag, ihrem einzigen Ruhetage, das edle Theaterbesuchen sicherlich dem Bier und dem Tanz vorziehen würde, den sie in den Anzeigen der umliegenden Ortschaften suche. Die Landwirte, die Angestellten und die wohlhabenden Bewohner der kleinen Nachbarstädte würden den Sonntag herbeisehnen, um sich nach Weimar begeben zu können.

— **Demonstration zu Gunsten Gorkijs.** In Petersburg ist das gut verbürgte Gerücht verbreitet, daß Tolstoi, Tschekow und Korolenko, die drei hervorragendsten Schriftsteller und Dichter, die Rußland besitzt, entschlossen sind, ihre Stellung als Ehrenmitglieder der kaiserlichen Akademie niederzulegen, um in dieser Weise gegen die Annullierung der Wahl Maxim Gorkijs zum Akademiker öffentlichen Protest einzulegen. Das Gerücht erregt Aufsehen wegen der Persönlichkeiten, von denen die Demonstration ausgeht und wegen der in ihr liegenden, gegen das herrschende Regime gerichteten Spitze.

Litterarisches.

Verzeichnis der eingegangenen Schriften:

Die Neue Zeit, Heft 28 des 20. Jahrgangs enthält unter anderem einen Aufsatz von R. Kautsky über Krisentheorien. Die Hütte, Heft 2 mit einer Kunstbeilage: Abend. Verlag von H. Wallfisch, Dresden. Das freie Wort, Frankfurter Halbmonatsschrift für Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens. Begründet von Karl Saenger. Herausgegeben von Max Henning. 2. Jahrgang, Nr. 2, 20. April 1902.

Werte von 150 Mk. und leerte auch sein Portemonnaie, in dem noch 16 Mk. und einige Kleinigkeiten waren, aus und sprang schließlich während der Fahrt aus der Droschke. Sie begab sich nach Hause und übergab die Uhr ihrem Geliebten, dem 1880 in Breslau geborenen Artisten und Maler- und Bildhauer Hans Sorge, der gegenwärtig städtisch durch Diebstahl gesucht wird. Sorge gab die Uhr zum Zwecke des Verkaufs dem 1885 in Leipzig geborenen Artisten Ludwig Zoos, der bereits wegen Diebstahls bestraft ist. Dieser übergab sie dem 1872 in Altenburg geborenen, mehrfach schon bestraften Handelsmann Georg Bernhard Meinhardt. In einem Restaurant der Markthallenstraße bot M. die Uhr nun zum Verkauf aus, wurde sie aber nicht los. Nun gesellte sich zu dem Verkauf noch ein Dritter, der andere Geliebte der Artistin, der wegen schweren Diebstahls bestrafte 27 Jahre alte Handarbeiter Friedrich Oskar Loohse. Als aber das Trio Zoos, Meinhardt und Loohse, mit denen noch ein anderer Freund, der 1869 in Neusalz geborene Schreiber Karl Ruskke, ging, um endlich die Uhr an den Mann zu bringen, wurde die Gesellschaft am 9. März am Petersthor verhaftet. Gleich danach wurden auch Sorge und seine Geliebte, die am 8. Oktober 1885 in Breslau geborene Artistin Frida Amalie Menner, ausfindig gemacht und gefänglich eingezogen. In der Verhandlung gab die M. den Diebstahl zu, führte aber zu ihrer Entschuldigung unter heftigem Weinen an, daß sie den Abend sehr stark betrunken war; während ihre Kumpane in cynischer Weise die Schuld der Schlerei einer auf den anderen zu schieben suchte. Unter Anrechnung von zwei Wochen der Untersuchungshaft jedem der Angeklagten, wurden diese und zwar die Menner zu 2 Monaten 2 Wochen, Sorge zu 4 Monaten, Zoos zu 5 Wochen, Meinhardt zu 2 Monaten, Loohse zu 2 Monaten 3 Wochen und Ruskke zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Landgericht.

Die verhängnisvolle Liebe in der Heilsarmee. Vor der 3. Strafkammer hatte sich der 17 Jahre alte Kaufmannslehrling Ernst Alfred Pfeuffer aus Reudnitz wegen Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Im Juli 1901 trat er als Mitglied der Heilsarmee bei und lernte dort ein Mädchen kennen, in das er sich sterblich verliebte. Um sich seiner Geliebten in möglichst günstigem Lichte zu zeigen, spielte Pf. den Splenditen und weil er von Hause aus die dazu erforderlichen Mittel nicht erhielt, verariff er sich an den ihm anvertrauten Geschäftsgeldern. Von Mitte September bis Ende Dezember unterschlug Pf. nach und nach 572,70 Mk., die er von den Kunden seines Chefs B. einfließt hatte, ebenso behielt er einen Geldbetrag von 9,10 Mk., den er auf der Post einzahlen sollte, für sich. Am 5. November sollte er auf der Post 316 Mk. einzahlen, behielt aber davon 16 Mk. für sich und änderte die im Postauskunftsbuch eingetragene Summe von 300 Mk. in 316 Mk. um und legte das so gefälschte Buch seinem Chef vor. Aus der Postkasse, die Pf. zu verwalten hatte, eignete er sich 5 Mk. an. Aus den vom Lager verkauften Waren behielt Pf. etwa 50 Mk. für sich. In der Hauptverhandlung giebt Pf. zu seiner Entschuldigung an, daß er für seine Geliebte, namentlich als diese außer Stellung war, viel Geld ausgegeben habe. Auch für die Heilsarmee hat Pf. viel Aufwendungen gemacht, so hat er zu Weihnachten das Vereinslokal auf seine Kosten dekorieren lassen, das ihn gegen 100 Mk. kostete. Das Gericht billigte ihm wegen der gewinnfächtigen Urkundenfälschung mildernde Umstände zu, strafmildernd kam außerdem seine Jugend in Betracht und so hielt man eine sechsmonatige Gefängnisstrafe für eine ausreichende Sühne.

Wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports stand der 36 Jahre alte, bei einem Fuhrwerksbesitzer in Entzsch in Stellung befindliche Dienstknecht Karl Friedrich Blümel vor der 3. Strafkammer. Am Vormittag des 4. Februar fuhr B. mit einem zweispännigen unbeladenen Lastfuhrwerk an der Coburger Straße in Sonnenwisch über den Bahnübergang der Eisenbahnlinie Bayerischer Bahnhof-Plagwitz und hielt vor der Ueberfahrt, trotz eines herannahenden Güterzuges, obwohl vom Lokomotivführer die vorchriftsmäßigen Haltesignale durch Läuten gegeben wurden und er den Zug auch aus geringer Entfernung bemerken konnte, sein Gefährt nicht an, sondern suchte durch rasend schnelles Fahren über die Schienen hinwegzukommen. Kurz vor dem Lastwagen, der sich mitten auf den Schienen befand, gelang es im letzten Augenblick durch Bremsen den Zug zum Stehen zu bringen und einen unsehlbaren Zusammenstoß mit dem Lastfuhrwerk zu verhindern. B. giebt in der Hauptverhandlung an, das Signal nicht gehört zu haben, findet aber beim Gericht keinen Glauben, sondern wird mit Rücksicht für seine grobe Fahrlässigkeit unter Ausschluß mildernder Umstände zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. April.

Eine Gläubigerversammlung der Leipziger Bank, die heute vormittag abgehalten wurde, und von 17 Gläubigern besucht war, genehmigte die Rechnungslegung für den verflorenen Dr. Barth sowohl als auch die festgesetzte Entschädigung für Rechtsanwalt Freitag für seine Thätigkeit bis zur Berichtserstattung am 15. März d. J. Dr. Barth's Erben erhalten 75000 Mk., Freitag 2 Prozent der bis jetzt ausgezahlten Summen (1420000 Mk.).

Als Stellvertreter des Vorsitzenden am Gewerbegericht ist vom Rat Pfessor Dr. Johannes Arno Jurel ernannt und von der Kreishauptmannschaft in Pflicht genommen worden.

Das Gutachten über die Frage der Vereinigung der Bürger- und Bezirksschulen ist den Stadtverordneten vor einigen Tagen zugegangen. Bekanntlich war in der Stadtverordnetenversammlung am 15. Dezember 1897 beschlossen worden, dem Rat zur Erwägung zu geben, ob nicht Bürger- und Bezirksschulen unter Festsetzung eines einheitlichen Schulgebüdes vereinigt, die höheren Bürgerschulen dabei aber beibehalten werden sollen.

Der gemischte Schulausschuß, dem dieser Antrag zur Begutachtung überwiesen worden war, hat das erbetene Gutachten mit 13 gegen 5 Stimmen dahin abgegeben, daß die im Erwägungsantrage der Stadtverordneten gestellte Frage, ob sich die Vereinigung unserer Bürger- und Bezirksschulen empfehlen möchte, verneint werden muß. Der Rat ist diesem Gutachten beigetreten.

Wir kommen auf das Gutachten noch näher zurück.

Die totale Mondfinsternis, die heute Abend eintritt, wird dadurch stark beeinträchtigt, daß der Mond in Deutschland erst aufsteht, wenn die Finsternis bereits ihre erste Phase durchlaufen hat. Die Finsternis beginnt als partielle bereits um 6 Uhr 0,3 Minuten nachmittags und bereits um 7 Uhr 10 1/2 Minuten ist der ganze Mond in den Erdschatten eingetreten. Eine Viertelstunde darauf geht der Mond, also völlig verfinstert, im Südosten auf; im selben Augenblicke geht die Sonne, die ihm ja genau gegenübersteht, im West-Nordwesten für den wahren Horizont unter. Da aber durch die Strahlenbrechung sowohl der Mond als die Sonne um etwas mehr als ihren eigenen Durchmesser in die Höhe gehoben werden, so geht der Mond einige Minuten früher auf, die Sonne um ebenso viel später unter, und während kurzer Zeit stehen beide Gestirne gleichzeitig über dem Horizont, obwohl dies ein scheinbarer Widerspruch ist, da ja die Sonne, die den Erdschatten erzeugt, der den Mond einhüllt, durchaus auf der dem Monde abgekehrten Seite der Erde stehen muß. Es ist die Frage, ob es gelingen wird, beide Himmelskörper gleichzeitig wahrzunehmen. Nur der kann darauf rechnen, dem der Horizont völlig nach allen Seiten unbedeckt liegt, wozu in einer Stadt nur ein sehr hoher Standpunkt befähigt. Der Mond steigt heraus, in ein mattes rötliches Grau gehüllt, das ihn vielleicht in dem Dämmerlichte, das dann schon am Osthorizont herrscht, schwer erkennbar macht. Man findet ihn, wenn man der untergehenden Sonne den Rücken kehrt. Wenn die Dämmerung nach Sonnenuntergang tiefer wird, tritt der Mond sicher in rötlichem Lichte hervor; auch dessen Färbung ist von Finsternis zu Finsternis verschieden, je nach der Durchsichtigkeit der Erdatmosphäre, die noch einzelne Sonnenstrahlen durch Brechung auf den Mond gelangen läßt und dabei rötlich färbt. Der Mond verweilt ganz im Erdschatten bis 8 Uhr 35,4 Minuten. Kurz vor dieser Zeit wird der linke untere Rand bereits etwas heller.

Steuerreklamationen. Im Vorjahre mußten nach den statistischen Zusammenstellungen der Steuerbehörde über 10 Proz. aller eingemendeten Reklamationen wegen Formfehler — meist Fristverlängerung — zurückgewiesen werden. Da die Zustellung der Steuerzettel betr. die Staatseinkommensteuer für das laufende Jahr in diesen Tagen erfolgt, ist darauf hingewiesen, daß etwaige Reklamationen in jedem Falle binnen drei Wochen von der Zustellung des Steuerzettels an gerechnet bei den auf jeder Zufertigung bemerkten königlichen Bezirkssteuereinnahmestellen schriftlich anzubringen sind. Bei der allgemeinen dantederliegenden geschäftlichen Lage, der großen Arbeitslosigkeit und den noch zu erwartenden Steuerzuschlägen dürfte die Zahl der Reklamationen in diesem Jahre bedeutend anwachsen. Zur richtigen Begründung einer Reklamation wird auch die Einsichtnahme in das der Schätzung zu Grunde liegende Steuerfahnen empfohlen. Diese Einsichtnahme kann von jedem Steuerpflichtigen bei der betreffenden Steuereinnahmestelle gefordert werden. Um sich aber in jedem Falle den Erfolg einer Reklamation zu sichern und sich vor manchen recht erheblichen sekundären Einbußen zu bewahren, ist die Beachtung der Frist und der dem Zettel beigedruckten gefälligen Bestimmungen angelegentlich anzuraten.

Au Stelle der aufgehobenen Sommer- und Rundreisearten nach Thüringen gelangen am 1. Mai folgende Reisearten mit wahlweiser Gültigkeit nach verschiedenen Stationen zur Einführung: a) von Leipzig (Thür. Bf.) nach Almenau, Oberhof, Loufsenthal, Tambach, Friedrichroda oder Eisenach 3. Klasse 10,50 Mk.; b) von Leipzig (Thür. Bf.) nach Bad-Wallendorf, Raghütte (über Gera oder Jena gültig), Almenau, Oberhof, Loufsenthal oder Tambach 3. Klasse 11 Mk. Die Karten gelten 45 Tage, berechtigen zur Benutzung von Schnellzügen ohne Zuschlag und gewähren 25 Kilogramm Freigepäd. Fahrunterbrechung ist je einmal auf Hin- und Rückreise gegen Bestätigung gestattet.

Zur Beschäftigung der Leipziger Bahnhofsanlagen, die mit dem hiesigen Hauptbahnhofs in Verbindung stehen, waren gestern unter Führung von Mitgliedern des Finanzministeriums mehrere Mitglieder der Ständekammern in Leipzig anwesend. Es wurden Beschäftigungen in der Umgegend des Dresdenener Bahnhofs, in Engelsdorf, am Uebergabebahnhof, ferner in Stötteritz, sowie an den Bahnhöfen in Gatschowitz und in Plagwitz vorgenommen.

Die Betriebseinnahme bei der Großen Leipziger Straßenbahn beträgt seit 1. Januar 1902 1251891,15 Mk. gegen 1105831,70 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

"Nicht auf den Rasen setzen!" Diese Mahnung schärfte man in jebiger Zeit, wo das erste junge Grün auf den Wiesen und Begräbern so verlockend zum Niedersetzen einladet, den Kindern allen Ernstes ein, wenn sie hinaus eilen ins Freie, um dort im fröhlichen Spiele sich zu tummeln. Das Erbreich ist noch feucht und kalt, und schwere Erkrankungen können die Folge des Niederfahrens auf den Rasen sein. Mögen alle Eltern darum obige Mahnung ihren Lieblingen immer und immer wieder mit auf den Weg geben und auf deren strengste Befolgung ein wachsame Auge haben.

In der öffentlichen Spruchung des Landesversicherungsamtes am 19. April d. J. standen mehrere Rekurse gegen Urteile des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Leipzig zur Verhandlung.

Der Geizer Friedrich Adolf Schffarth in L. Entzsch hatte am 13. November 1899 in der Leipziger Volkshammer mit Hilfe eines anderen Arbeiters einen mit Wollabfällen gefüllten Korb im Gewichte von etwa einem Centner in einen aufgerichteten Saß auszuschießen und setzte dabei den Korb auf die Brust auf. Dabei will er sich einen Schaden auf der Brust zugezogen haben, durch den er arbeitsunfähig geworden sei. Er klagt über bestige Schmerzen, namentlich beim Wäden. Die Berufsgenossenschaft hatte nach Gehör eines ärztlichen Sachverständigen Entschädigung abgelehnt, weil die Beschwerden Schffarth's keine Folgen des behaupteten Unfalls seien. Auf seine Berufung hatte das Schiedsgericht zunächst noch zwei andere ärztliche Sachverständige gehört und, gestützt auf deren Gutachten, die Berufsgenossenschaft verurteilt, bis Ende August 1900 die Hälfte und von da ab nach dem dritten Teil der Vollrente zu zahlen. Auf den Rekurs Schffarth's, der die volle Unfallrente verlangt, hatte ihn das Landesversicherungsamt behufs Beweiserhebung längere Zeit in einer Anstalt beobachtet und behandeln lassen. Nach dem hierbei gewonnenen Ergebnisse wurde das schiedsgerichtliche Urteil dahin abgeändert, daß die Genossenschaft dem Kläger vom Beginn der 14. Woche nach dem Unfälle ab 60% Prozent der Vollrente (429,47 Mk. jährlich) zu zahlen hat.

Einen Unfall erlitt die jetzt 19 Jahre alte Antonie G. in L. Plagwitz am 24. August 1901 dadurch, daß beim Reiben einer Maschine ihre Haare mit der Kopfhaub abgerissen wurden. Sie ist in einer Privatheilanstalt in Plagwitz behandelt worden, und zwar ebenfalls mit günstigem Erfolge. Wegen der verbliebenen Unfallsbeschwerden hatte ihr die Berufsgenossenschaft

schafft 80% Prozent der Vollrente zugebilligt und ihr außerdem zur Ermöglichung von Schonung und Bewährung noch eine einmündige freiwillige, eventuell auf Rente zu verreckende Unterfertigung von 33% Prozent der Vollrente auf die Dauer von fünf Monaten bewilligt.

Bei Verpackung von Druckfähen für die Postbeförderung wird von den Abnehmern häufig nur ein Streifenband oder ein unregelmäßiger Briefumschlag verwendet.

Flüchtig geworden ist nach Unterschlagung von 1301621 Lire der frühere Direktor der Vorschuss- und Diskontobank in Vifa, Ulderico Cervai. Der Flüchtling ist 50 Jahre alt, etwa 1,68 Meter groß, kräftig und hat schwache Bodenmarken.

Durch Anfschneiden der Pulsbaderu versuchte sich heute früh ein 49 Jahre alter Magazinvorkwerker in seinem Garten an der Körnerstraße selbst zu töten.

Im angetrunkenen Zustande fuhr gestern Abend in der D. Stunde auf der Delitzscher Straße ein Geschirrführer mit seinem Lastgeschirr durch die heruntergelassene Schranke der Magdeburger Bahn.

Von der Lokomotive eines Zuges erfasst und getölet wurden gestern auf dem Bahnübergange der Dresdener Bahn in Sellenhausen zwei schottische Schäferhunde.

Kleine Polizeinachrichten. In einer Fabrik in L.-Meinshofer entwendete ein 27 Jahre alter Arbeiter aus Versehen für etwa 100 Mk. Metall.

Ein schon mehrfach vorbestrafter, 23 Jahre alter, Kellner aus Dresden betrug durch schwindelhafte Angaben einen Armenpfleger zur Gewährung einer Geldunterstützung.

Durch Betrug und Unterschlagung hat ein 30 Jahre alter Kapezierer aus Hamburg verschiedene hiesige Firmen, für die er reiste, empfindlich geschädigt.

Vom Bayerischen Bahnhofe ist ein Wallen mit schwarzem Stoff, JHD 10003 gezeichnet, gestohlen worden.

Diebe drangen nachts in mehrere Wobuben an der Wittenberger Straße in L.-Eutritsch ein und stahlen daraus Cigarren, Lebensmittel und verschiedene Werkzeuge.

Aus einem Vergnügungsetablisement in Connewitz wurde ein grauer Sommerüberzieher von glattem Stoff mit grauem Futter und der Firmenbezeichnung Adolf Nooge, Modern, gestohlen.

In der Nacht zum 20. d. Mis. sind aus einem Garten an der Göttschenstraße in L.-Meinshofer 15 Stück hochstämmige Rosenstöcke gestohlen worden.

Seit längerer Zeit schon steht in einem Grundstücke der Kronprinzstraße ein herrenloser eiserner Kochherd mit Wasserwanne.

Stöterig. Die öffentliche Gemeinderatsitzung findet nicht, wie gestern von uns gemeldet wurde, heute Abend, sondern morgen am 23. April statt.

Soziale Rundschau. Die enttäuschten Kapitalisten. Der Frankfurter Börsenbericht vom 21. April notiert: „Rascher als vorausgesehen war, ist die Arbeiterschaft in Belgien zur Arbeit zurückgekehrt.“

Die Ausperrung der Textilarbeiter in Grimmitzsch scheint immer mehr von uns gelassen. Der Ausperrung der Arbeiter von Heinrich Schönfeld ist jetzt auch die der Arbeiter von Gustav Schönfeld nachgefolgt.

Die Ausperrung der Textilarbeiter in Grimmitzsch scheint immer mehr von uns gelassen. Der Ausperrung der Arbeiter von Heinrich Schönfeld ist jetzt auch die der Arbeiter von Gustav Schönfeld nachgefolgt.

identisch sind, die Inhaber sind zwei Brüder, mit ihren auf das Pflaster geworfenen Arbeitskollegen der Firma Heinrich Schönfeld solidarisch erklärt und ebenfalls Forderungen gestellt, worauf ihnen der „Derr im Hause“ einmüch den Stuhl vor die Thüre setzte und erklärte, wer nicht arbeiten will, kann seiner Wege gehen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

In seiner Sonnabendnummer brachte der Generalanzeiger ein Eingekandt des Sommerfelder Kirchenvorstandes, worin dem Pastor D. Wirth ein Vertrauensvotum ausgestellt wurde. Die Ursache zu dem betreffenden Eingekandt war eine Mitteilung, die kürzlich in demselben Blatte erschien, und nach der sich Pastor D. Wirth in den diesjährigen Konfirmandenstunden von recht eigenartigen pädagogischen Grundsätzen leiten ließ und seine Pöglinge nicht etwa nach den in der Schule betätigten geistlichen Fähigkeiten, sondern nach der Anzahl ihrer Kirchenbesuche sele. Die Erbitterung, die hierdurch in einem Teile der Sommerfelder Bevölkerung erzeugt wurde, machte sich Luft in einer Beschwerdechrift an die Superintendentur Leipzig II, die den Beschwerdeführern mitteilte, daß mit dem Pastor D. Wirth diesbezüglich „ernstlich“ Rücksprache genommen werden sollte.

Von Hah und Fern.

In Steglitz brach am 18. April das Gerüst eines Neubaus. Ein Maurermeister und zwei Bauarbeiter stießen drei Stockwerk tief. Der Klempnermeister Jürgens war sofort tot, die beiden anderen sind schwer verletzt.

Der Einbrecher Jean Renaud, welcher unter anderem der Berliner Firma Rosenthal für 60000 Mk. Juwelen gestohlen hat, ist in Altona verhaftet, und viel gestohlene Gut wiedergefunden worden.

Ein gräßlicher Raubmord ist am 10. April in Mülhhausen verübt worden. Der Thäter, ein erst 17-jähriger Tagelöhner Namens Adolf Thaler, brach bei einem Milchhändler ein und ermordete den durch das Gerüst herbeigekochten Sohn des selben.

Letzte Nachrichten.

Bemberg, 22. April. Hiesige Polenblätter erfahren aus Warschau: Am Sonnabend wurden von der Polizei bei 60 Einwohnern Hausdurchsuchungen vorgenommen, insbesondere bei Ärzten, Advokaten, Kaufleuten und Schriftstellern, in deren Verkauf zahlreiche Verhaftungen erfolgten; Dr. Hussarka und dreißig Studenten wurden gleichfalls ins Gefängnis abgeführt.

Griechen der Redaktion.

g. 100. Kommen Sie am Donnerstag in unsere Sprechstunde.

Quittung.

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like 'Bis jetzt eingegangen 100.60 Mk.', 'Schubert, Schönfeld 1.-', 'K. R. 1.-', etc.

Theatervorstellungen.

Neues Theater. Dienstag den 22. April: 104. Abom.-Vorstellung (4. Serie, braun): Säusel und Gretel. Märchenpiel in 3 Bildern von Adelheid Wette.

Sandmännchen Fr. Dellingen
Taumännchen Fr. Kießling

1. Bild: Dageim. 2. Bild: Im Walde. 3. Bild: Das Anusperhäuschen.
Hierauf:
Wiener Walzer.
In 3 Bildern von Louis Frappart und F. Goul.
Musik zusammengestellt von Joseph Bayer.
Regie: Balletmeister Gollmeit. — Direktion: Musikdirektor Krause.
Erstes Bild: Am Spittelberg.

Bernauer, ein armer Handwerksbursch Fr. Strigel
Barbara, ein Bürgermädchen Fr. Garscha
Ein Nachtwächter Fr. Schumann
Hans Wurst Fr. Diegmann
Die Kellnerin Fr. Wochow
Eine Köchin Fr. Jofier
Tanz: Der Langaus, ausgeführt von Fr. Garscha, Frn. Strigel, Diegmann und dem Ballettpersonal.

Zweites Bild: Im Apollo-Saal (in Wien).
Die Braut Fr. Gruby
Der Bräutigam Fr. Schaffer
Der Brautvater Fr. Wömann
Die Brautmutter Fr. Schröder
Bernauer, ein reicher Bürger Fr. Gollmeit
Barbara, dessen Frau Fr. Wöchtel
Der Wirt Fr. Schröder
Die Jugend Fr. Buchmann

Vorkommende Tänze:
1. Hochzeits-Tanz, ausgeführt von Fr. Gruby und Fr. Schaffer.
2. Gavotte, getanzt von Fr. Gruby und Frn. Gollmeit.
3. Salon-Mazurk-Quadrille, 8 Damen des Corps de Ballet.
4. Altdeutscher Polsteranz, ausgeführt von Fr. Gruby, Frn. Gollmeit und dem Corps de Ballet.

5. Bruder-Lustig, Walzer von Joh. Strauß (Vater).
Drittes Bild: Im Wiener Prater. Die Neuzelt.
Charivari, Perikles Fr. Grob
Ein polnischer Jude Fr. Richter
Hans, Student Fr. Schulz
Mos'! (Kleidermädchen) Fr. Wofebach
Weiter! (Fr. Jofier)
Der alte Bernauer, Barbara seine Frau.

Tänze:
Flodermus-Walzer von Joh. Strauß (Sohn), ausgeführt vom Corps de Ballet.
Czardás, getanzt von Fr. Gruby und Frn. Strigel.
Polka, ausgeführt von Fr. Schaffer und Fr. Buchmann.
Walzer, das gesamte Personal.

Pausen nach dem 1. und 2. Akt der Oper.
Einlaß 1/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 1/10 Uhr. Opern-Preise.
Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10-3 Uhr. Bilet-Verkauf für den nächsten Tag von 1-3 Uhr. (Zedes Bilet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pfg. Aufgeld.)
Spielplan: Mittwoch: Dresden. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Die Geisha. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Zum erstenmal: Viel Wirt um nichts. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Die Kollegin. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Dienstag den 22. April: Gastspiel der Frau Käthe Frank. Die offizielle Frau.

Schauspiel in 5 Akten nach einer Novelle des Col. Savage von Hans Oden.
Regie: Ober-Regisseur Adler.

Großfürst Gregor Gregorowitsch Fr. Greiner
Konstantin Weletsky, kaiserlicher Rat Fr. Borchardt
Olga, seine Frau Fr. Wande
Sophtie, sein Tochterchen Fr. Hensgen
Sascha Weletsky, Rittmeister } Konstantin Reffen
Boris Weletsky, Kapitän } Fr. Grelle
Fürstin Paligin Fr. Biegel
Dofia, ihre Tochter Fr. Baehr
Gräfin Ignatiess Fr. Brachsen
Arthur Venog, amerikanischer Oberst a. D. Fr. Hünjeler
Eine Dame Fr. Guth
Major Petroff Fr. Walter
Leutnant Schewlisch Fr. Körner
Baron Friedrich Fr. Rocco
Fräulein de Launay, Gouvernante bei Weletsky Fr. Dandorf
Eine fremde Dame Fr. Schulz
Ein höherer Bahnbeamter Fr. Schumann
Der Bahnhofsinspektor Fr. Proft
Der Portier Fr. Keller
Ein preussischer Schaffner Fr. Schmiedede
Ein Bahnbeamter Fr. Wagner
Ein Soldat Fr. Meßforu
Ein Oberkellner Fr. Wätwinkel
Ein Weinkelner Fr. Renner
Ein Kellner Fr. Hanisch
Ein Auswanderer Fr. Köpfer
Ein Gepädkontrollbeamter Fr. Schröder
Ein Fremder Fr. Henger
Ein herzoglicher Jäger Fr. Krause
Der Direktor Fr. Geine
Ein Oberkellner Fr. Reinhold
Ein Kellnerjunge Fr. Kunzschmann
Eine Kammerfrau Fr. Troglisch
Ein Ceremonienmeister Fr. Stammberg
Ein Kammerherr Fr. Schaffer
Ein Diener Fr. Schaffer
Geheimpolizisten Frn. Helmich, Richter u.
Aufbeamte, Gepädkontrolle, Soldaten, Auswanderer, Gepädkträger,
Russische Reisende, Deutsche Reisende, Koffertträger, Großfürstliche
Adjutanten, Diener, Lakaien, Herren und Damen der russischen
Gesellschaft, Tischlerknecht, Offiziere, Staatsbeamte, Geheimpolizisten.
Zeit: Um das Jahr 1888. — Ort: Epytkuhnen und St. Petersburg.
Eine Dame — Frau Käthe Frank, als Gast.
Pausen nach dem 1. und 3. Akt.

Einlaß 1/7 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Ende 10 Uhr. Gew. Preise.
Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10-3 Uhr. Bilet-Verkauf für den nächsten Tag von 1-3 Uhr an der Tageskasse (mit Aufgeld von 30 Pfg. pro Bilet).
Spielplan: Mittwoch: Anna von Barnhelm (19. vollständige Vorstellung zu halben Preisen). Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Zum erstenmal: Die Kollegin. Anfang 1/8 Uhr. — Freitag: Alt-Heidelberg. Anfang 1/8 Uhr. — Sonnabend: Das süße Mädel. Anfang 1/8 Uhr.

Berankunungskalender.

Dienstag: Dredslor. Coburger Hof, Windmühlentstraße. Abends 8 Uhr.
Klempner. Coburger Hof, Windmühlentstraße. Abends 1/8 Uhr.
Kammerer. Göttschenstraße. Abends 8 Uhr.
Verein für Naturheilkunde L.-Weft. Schloß Lindenfels, Lindenau. Abends 1/8 Uhr.
Mittwoch: Marktrankstädt. Öffentliche Berankunung. Stadt Leipzig. Abends 8 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Mittwoch:
Speiseanstalt I (Johannisplatz): Armenpfelzung.
Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Reis u. Sparg. u. Morch. mit Rindfl.

Gratis-Inserate für die Sonnabend-Nummer werden nur bis Freitag mittag angenommen.

Ich war kahl.

Vor noch wenigen Jahren war mein Schödel ganz kahl. Mein Vater und Grossvater waren kahlköpfig. Meiner Mutter Haar war von Natur sehr dünn. Ich hatte mich mit dem Gedanken ausgesöhnt, kahlköpfig zu bleiben, bis ich eines Tages gelegentlich eines Absteigers durch die Schweiz, mit einem älteren studierten Herrn bekannt wurde, welcher mich im Laufe der Unterhaltung kurzweg fragte, ob ich nicht einen **opigen Haarwuchs zu besitzen wünsche.**



Natürlicher Weise äusserst gespannt, erwiderte ich bejahend. Hierauf erzählte er mir, dass er sein Leben lang Chemie studiert und sich besonders mit der Physiologie des Haars beschäftigt habe. Zur Bekräftigung seiner Worte notierte er mir eine Formel und empfahl mir dringend, sie zusammenzustellen. Ich verfehlte nicht, sobald ich Genf erreichte, dies zu thun und gebrauchte das Präparat eine kurze Zeit. Nach drei Wochen begann mein Haar sich zu erneuern und nach vierzig Tagen war mein Schödel vollständig bedeckt. Einen Theil der Pomade liess ich zwei Freunden zukommen; der einen, einer Dame, war das Haar fast vollständig ausgefallen. Die Stärkung des Haarbodens war in beiden Fällen verblüffend.

Probe gratis!

Seitdem verkaufe ich, nachdem hierzu von dem Gelehrten, welcher diese Entdeckung machte, Erlaubniss erhalten habe, das Cosmoticum. Ich bin in der Lage, hunderte von gleich erfolgreichen Beispielen einer starken Wirkung auf beide Geschlechter anzuführen. Es ist kein Geheimmittel. Ich habe kein glänzendes Etikett für dasselbe.

Neben der ausserordentlichen Nährkraft für den Haarboden besitzen dessen Vorzüge in der Anregung des Wachstums des Haars und in dessen Erhaltung. Ich garantiere, dass es keine der Haut oder dem Haare schädlichen Bestandtheile enthält. Jedem Leser, welcher mir seine deutliche Adresse angibt, 20 Pfennige in Briefmarken für Porto u. s. w. unter Nennung dieser Zeitung einfallen, sende ich sofort eine kleine Probe bedingungslos gratis zu, zum Zwecke, den realen Werth des Mittels zu zeigen. Dann, wenn Sie finden, dass das Haar zu wachsen beginnt, werde Ihnen gern gegen geringen Preis ein weiteres Quantum verkaufen. Die Erledigung aller Aufträge erfolgt diskret und prompt.

Man adressiere:
John Craven-Burleigh
Berlin SW. 328 Leipzigerstrasse 84.

Achtung! Bauhandwerker!

Zwischen Jacken und Englisch-Lederhosen in bekannter, unerreicher Güte giebt es nur ein Geschäft zum **Kommischnneider.** Seit 52 Jahren und immer noch Mühlgasse Nr. 14 am Reunigsplatz.

E. Neumann.

Ich bitte genau auf meine Firma und Straße zu achten und sich nicht durch falsche Annoncen täuschen zu lassen, da ich keinerlei Verbindung habe und niemand berechtigt ist, in meinem oder meines Vaters Namen zu verkaufen.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 21. April 1902.

a) Auftrieb:

- 518 Rinder und zwar 227 Ochsen, 18 Kalben, 153 Kühe, 120 Bullen;
- 209 Rälber;
- 751 Stück Schafvieh;
- 1805 Schweine und zwar 1305 deutsche, — aus
- 2878 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark.

Tiergattung	Bezeichnung	Lebend- Gewicht	Schlacht- Gewicht
Ochsen:	1. vollfleischige, ausgewärmte höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	67
	2. junge fleischige, nicht ausgewärmte — ältere ausgewärmte	—	61
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	56
	4. gering genährte jeden Alters	—	50
Kalben und Rälber:	1. vollfleischig., ausgewärmte, Kalben höchsten Schlachtwertes	—	65
	2. vollfleischige, ausgewärmte Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	62
	3. ältere ausgewärmte Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	55
	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	—	50
	5. gering genährte Kühe und Kalben	—	44
Bullen:	1. vollfleischige höchsten Schlachtwertes	—	60
	2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	—	55
	3. gering genährte	—	50
Rälber:	1. feinste Mast- (Vollfleisch-Mast) und beste Sauglälber	45	—
	2. mittlere Mast- und gute Sauglälber	48	—
	3. geringe Sauglälber	30	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	—	—
Schafe:	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	82	—
	2. ältere Mastlamm	30	—
Schweine:	3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Wetzschafe)	—	—
	1. vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	—	68
	2. fleischige	—	59
	3. gering entwickelte, sowie Säuen und Eber	—	55
	4. ausländische (aus)	—	—

c) Verkauf:

- 468 Rinder u. zwar 194 Ochsen, 17 Kalben, 142 Kühe, 110 Bullen
- 208 Rälber
- 522 Schafe
- 1257 Schweine

d) Geschäftsgang:

langsam

Speisefartoffeln. 2 Fuhren mit der Hand verlesene, sehr gut lockende weisse Speisefartoffeln werden **Mittwoch, 23. April, im Gasthof zum gold. Dämmerchen, Neud., Dresdener Str.,** mittags 12-2 Uhr verkauft. Cir. 1 A. Siede resp. Gefässe u. Umschütten sind mitzubringen.

Helene Pickert

Vertreterin der Natur-Heilkunde
Leipzig, Halleische Str. 10, II.
Sprechzeit: 9-11 vorm., 2-4 nachm., Sonntag nur 9-11 für Krone, Dienstag und Donnerstag 4-5. [3790]

Empfehle meine **Gummifachen für Massage, Wachen- und Krankenpflege.** [3110]
Hühneraugenobel. Goldstücke für zahrende Kinder. Preisliste 30 Pf. Frau Auguste Graf, Nikolaistraße 4.

„Prosol“

schützt unbedingt vor nassen und kalten Füßen und garantiert eine 4fache Haltbarkeit der Sohlen.

Alleinverkauf für Leipzig u. Umgebung:
A. Winter, Leipzig
Eisenbahnstrasse 25. [3318]

Maifeier-Postkarten
an Wiederverk. bl. Gasch, Burgstr. 25.

PEPSINOL
gesetzl. gesch.
PEPSINOL, neuestes Pepsin-Präparat, hergestellt aus chemisch-reinem Pepsin und wirksamsten aromatischen Kräutern, ist ein ganz hervorragender Magenbitter (Liqueur).
PEPSINOL bewirkt guten Appetit, indem es den Magen zu vermehrter Thätigkeit anregt.
PEPSINOL ist ferner besonders bei Magenverstopfungen zu empfehlen. Für Frauen und Mädchen, welche infolge Bleichsucht und ähnlicher Zustände an nervöser Magenschwäche leiden, ist PEPSINOL ein ganz vorzügliches Linderungsmittel.
Dr. Walter Peters & Co., Leipzig
Promenadenstrasse 35. • Telephon 4866.

Zu haben bei Herrn Samuel Ritter, in allen besseren Drogen- und Colonialwaarengeschäften und in den Restaurants. [3750]



Fahrradklarer

Leipzig, Eisenstr. 12.
Telephon 3701.
Grösstes Specialgeschäft am Platze.

Abteilung III. [3896] Fahrradzubehör

- en gros. en détail.
- Leuchtern von 1.25 bis 3.25
- Reflexleuchten „ 2.75 „ 4.50
- Petroleumlaternen „ 4.50 „ 6.50
- Acetylenlaternen „ 2.75 „ 12.—
- Brenner „ 0.15 „ 0.60
- Calcium carbid 1/2 kg Pat.-Dose —.40
- Glocken von 1.00 bis 3.—
- Taschenpumpen „ 1.50 an
- Telefopumpen „ 2.50 bis 3.50
- 3, 4 u. 5 teilig „ 3.50 „ 8.—
- Fußpumpen 7a u. 10a „ 2.50 an
- Reifen: Einfache Blockreifen v. 2.50 an, Rollenreifen 1/2, 3/4, 1 u. 1 1/2 „ 8.— bis 5.50, Doppelrollenreifen, prima 4.5.—
- Reifenräder von 2.30 bis 7.25
- Reifenringe „ 1.10 „ 1.50
- Sattel „ 3.50 „ 11.—
- Reifenkanten ohne Bremsbedel u. Griffe 22 bis 26 mm Schäufstärke .4 5.

Abteilung IV: Pneumatikreifen für Fahrräder.

Wir führen principieell nur Pneumatik mit dem vollen Namen des Fabrikanten und mit Garantie.

Fahrradklarer

Leipzig, Eisenstrasse 12.
Illustr. Pracht-Katalog gratis an jedermann.

Neugebauer, stad. gebill., staatl. nicht geprüf., Praktikant b. Homöopathie u. Naturheilmethode, früher an Dr. Willm. Schwaben Poliklinik, behält u. langj. Erf. Geschäftskrankh., d. N. u. Fr., Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Haut-, Leiden, Krampfadergeschwüre u. mit nachweislich vorzügl. Erfolgen. Fr. Reichstr. 33/35 jetzt Königsplatz 1
Sprechst. 9-2, 5-8, Sonntag 10-1; u. ausw. briefl.

Keine Insektenplage mehr!

wird eine Hausfrau, welche Capnal einmal verucht hat, gegen Motten, Flöhe, Wanzen u. ein anderes Mittel brauchen. Zu haben in Dosen zu 20 Pf. und 40 Pf. Nur zu haben in der [3584]

Drogenhandlung

Dr. Rossberg & Strauss
11 Leipzig, Grimm, Steinweg 11
Telephon 3833.

Lenzsch, Gartenstrasse 1

Möbel-Magazin [1880]
Oskar Lorenz, Tapezierer u. Dekorateur.
Grosses Lager allgerätheter preiswerter Möbel. Specialgeschäft für komplette moderne Zimmerrichtungen. Verkauf einzelner Möbel. Transport frei. Anfertigung auch Sonntags gestattet.

Käufe und Verkäufe.

Nähmaschinen

von Pfaff, sowie Seldel & Nanmann sind die besten Fabrikate. Bringmaschinen mit besten starken Gummivalzen. Lager aller Zubehötheile. Reparaturwerkstätten für Nähmaschinen u. Fahrräder all. Fabrikate. Günstige Zahlungsbedingungen. Unterricht in der Punktstickerei u.

Wilhelm Frenzel

1. Gesch.: L.-Neustadt, Eisenbahnstr. 31.
2. Gesch.: Leipzig, Zeltzer Strasse 31.



Wir empfehlen als sehr billig ganz vorzüglich unseren Merkantil-Entwickler. Derselbe arbeitet ziemlich rasch, völlig schmerzfrei und modifiziert feinstens. Preis der Flasche concentr. Entwickler (mit der 4-Glase Menge Wasser zu verdünnen) 1/2 Lit. 25 Pf., 1/10 Lit. 40 Pf., 1/20 Lit. 80 Pf., 1/40 Lit. 1.50 Mk., 1 Lit. 2.80 Mk.
Hoh & Hahn, Reichsstrasse 6
Specialhaus für Photographiebedarf.

Gebr. Singer-Nähmaschinen

von 15 Mk. an. Reparatur u. Ersatzteile billig. Alleinverf. d. Original-Victoria. Lehrkurse in der modernen Punktstickerei. H. Schube, Petersstrasse 34, im Hof.



Fahrradmäntel v. 7 A an, Unischläuche v. 4.50 A an m. Garantie. Humboldtstr. 33.
Nover, guterb., billig Grundstr. 25 b, I. r.

Eine vollständige Möbel-Einrichtung ist fortzugsbalber aus freier Hand sofort zu verkaufen. Näheres zu erfragen (3800) **Katschler, Rautschkeberg.**

Vorwärtsstr., Komm., Tisch, Spiegel, Weißm. Matr., Sofa b. Li., Gumb. Str. 89, p. l.

Niederstr., Sofa 8, Tisch 3, Stühle 1.50, Spiegel, Federbetten 8, Sophtenstr. 52, v.

Ia. Piano. Anger, Cichoriusstr. 9, II. r. schenkschrank billig zu verkaufen. Grundstr. 11, II.

Gebr. Herrankl. bill. z. v. Fleischerplatz 5, II. Barbiergesch. umstb. sof. f. 400 A zu verk. od. zu verpachten. Off. u. M. 500 Exp. b. Bl.

Neues Kostüm billig zu verkaufen. Gohlis, Kuehne Halleische Str. 2a, III. I. Eb., Unterb., 2 A. 18 A. Hainstr. 24, I.

Wie neu, für jeden Preis zu verkaufen. Gohlis, Bahrener Str. 2, v. r.

Singer-Nähmasch., sehr gutgehend, für 20 A zu verk. Neu., Gemeinbestr. 5, S. II.

Polypb.-Müllwerk, 5 1/2 Eim., 34 Bl., f. 90 A zu verk. Bl., Elisabethallee 59, v. r.

Neues Kostüm billig zu verkaufen. Gohlis, Kuehne Halleische Str. 2a, III. I. Eb., Unterb., 2 A. 18 A. Hainstr. 24, I.

Sonntag vormittag verchied nach längerem Verben in Gärberdorf in Schlesien, wo er Genefung suchte, unser erster Buchhalter

Herr Eduard Schwarzenberg.

Durch sein freundliches und schlichtes Wesen hat er sich die Achtung Aller erworben und ist ihm ein dauerndes Andenken gesichert.

Das Personal

der Firma Böttcher & Bongartz. [3801]

Guter, fast neuer Halb., m. Garantie, bill. zu verk. Co., Südr. 127, Schumacher.
1 gr. Musikv., 1 Halb., 1 gr. Vogelbauer billig zu verk. Kleinsch., Rudolfsstr. 36, 22.
Guterb. Schwagen m. Gummireifen u. Verbed billig zu verk. Südr. 84, IV. I.
Guterb. Kinderwagen billig zu verkaufen Lindenau, Georgstr. 23, II. r.
Guterb. Schwagen m. Verbed bill. zu verkaufen Reuditz, Margaretenstr. 8, S. I. III. I.
Guterb. Kinderwagen billig zu verkaufen Schönefeld, Dimpelstr. 67, v. l.
Guterb. Kinderwagen bill. zu verkaufen Volkmarzdorf, Schülstr. 12, II. r.
Ein geb. Kinderwagen ist zu verkaufen Lindenau, Kpostelstr. 18, v. l.
4 räder. Hochwagen, Klempnerwerkzeug billig zu verk. Lindenau, Hofe Str. 2c, Hof.
Sehr sch. 2 1/2 H. Sportwagen m. Verbed zu verkaufen Kleinschöcher, Klarstr. 19, I.

Vermischte Anzeigen.

Haarierer, auch solche, die erst anfangen wollen, gesocht.
Off. unt. B. 51 an d. Exped. b. Bl. erb.

Tücht. Rockschneider gesucht.

Gebr. Rockmann, S.-Reuditz.
Jünger verh. Mann sucht bauernb. Beschäft. Irtenb. Nr. Blumenstraße 18, III. im Hof.
Größerer Schuljunge u. Einzelfeln gesucht Kleinsch., Bahnhöfstr. 1, Barbiergesch.

Kräftiges Schulmädchen gesucht. Anger, Mühlauer Str. 45, v. r.

Do l. f. Frau Kindergard. geg. II. Entsch. gründl. erl. Off. u. J. K. G., Braustr. 9, II. r. Bei Leuten ohne Kinder u. Kind in Pflege gen. Fr. Schanz, Plagw., Weissenf. Str. 82, III. I. Worten. m. 10 A verloren. Abzug. Deusch, Lindenstr. 46, v. l., od. Lind., Lindenstr. 1, I. r.

Wohnungsanzeigen.

240 Mk. 2 Zimstr. St., R., 2. u. Zubeh., part., sof. od. 1./7. zu verm. Rodau, Eilenb. Str. 19.

Bausdorf. Große 2 Zimstr. Stube u. gr. Küche sof. leer z. verm. Dresdenstr. 120 b., Eilg.-Gehg.

Große 2 Zimstr. leere Stube per 1. Mai zu verm. Kohlenstraße 22, Hof II. rechts.

Stube und Kammer zu vermieten Kleinschöcher, Albertstraße 39, III.

1 Zimstr. leere Stube an einj. Person zu verm. Lindenau, Josephstraße 21, I. I. I. I.

Leere 2 Zimstr. Stube m. Kochofen an einj. Pers. z. verm. Cuir., Wittenb. Str. 17a, III. r.

Frbl. möbl. Stube als Schlafst. zu verm. Konradstr. 20, I. I. Das. Kinderw. zu verk. Frbl. Schlafstelle an 1 Herrn zu verm. Anger, Borchstraße 4, II. rechts.

Familienanzeigen.

Ihrem Herbergsvater Heintz. Markgraf grat. zum Geburtstag Die Gemüthlichen.

Für die vielen Beweise der Teilnahme und für die vielen Kränkchen beim Hinscheiden meiner lieben Frau sage ich meinen herzlichsten Dank.
Karl Roll
Schmiedemeister.
[3782]

Dank.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unserer unvergesslichen Mutter, Schwieger- u. Großmutter **Frau Therese verw. Peter** sagen wir allen, besonders den Sängern des Arb. Vereins Thonb.-Neur. für den erhabenen Gesang an Grabe, herzl. Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die wohlthunenden Beweise der Teilnahme, die mir beim Hinscheiden meines lieben Mannes Herrn **Hermann Schröder** zugehen, für den schönen Blumenkranz und Geleite zur letzten Ruhestätte sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. [3784]

Anger, den 20. April 1902.
Die trauernde Witwe **Dina Schröder nebst Hinterbliebenen.**

Allen Freunden u. Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter u. Großmutter **Friedr. Wilh. Döberenz** geb. **Ruhig** heute früh sanft entschlafen ist. Dies zeigt schmerz erfüllt an Leipzig, Braustr. 6, den 21. April. [3793] **Familie Döberenz.** Beerd. Donnerst. 9 Uhr Südfriedh.

Reichstag.

170. Sitzung. Montag den 21. April 1902, 1 Uhr. Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky, v. Tziemann. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Servisvorlage.

Abg. Hofmann-Dillenburg (nat.-lib.): Mit dem neuen Servis sind wir im ganzen einverstanden. Die Bemessung des Wohnungsgeldzuschusses aber muß nach anderen Grundsätzen erfolgen, als die Bildung der Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses verlangt. Das Problem ist in dieser Vorlage das alte Verfahren beizubehalten, das jedoch unannehmbar ist. Besser wäre es richtig, 1/2 der tatsächlich gezahlten Miete zurückzuerhalten, auch müßte der Zuschuß für Beamte mit oder ohne Familie verschieden berechnet werden. So ließe sich die Mithaftung der Beamten beseitigen. Redner beantragt die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission unter, an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Singer (Soz.) schließt sich diesem Antrage an. Die Budgetkommission kann die finanzielle Lage des Reichs, die dabei in Frage kommt, am besten beurteilen. Mit dem ersten Teil der Vorlage sind auch wir einverstanden. Aber mit der bloßen Verteilung einiger Orte in höhere Servisklassen und mit der Aushebung der jüngsten Servisklasse können wir uns nicht begnügen. Die vor fünf Jahren zugedachte Reform des Wohnungsgeldzuschusses ist ausgeblieben; ja die Regierung will künftig nur von 10 zu 10 Jahren das Gesetz revidieren lassen. Die Regierung scheint zu meinen, daß sich seit 80 Jahren in den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands nichts geändert habe, wonach ein vernünftiger Wohnungsgeldzuschuß berechnet werden muß. In Berlin, das eine Ausnahmestellung genießt, beträgt der Wohnungsgeldzuschuß für untere und mittlere Beamte 240 Mark nach der Vorlage. Die Regierung sollte doch aber selbst wissen, daß diese Beamten von ihrem Gehalt unmöglich soviel zu dem Wohnungsgeldzuschuß zulegen können, um eine genügende Wohnung zu erhalten. Sie werden direkt zum Halten von Schlafbüscheln mit allen seinen schädlichen Folgen gezwungen. Und wie sollen erst die Beamten in großen und mittleren Städten mit einem Wohnungsgeldzuschuß von 180 bis herab zu 72 Mk. auskommen? Hoffentlich fällt die Zolltarifvorlage. Aber die Regierung rechnet mit ihrer Annahme. Dann müßte sie die Verteuerung der Lebensmittel mit berücksichtigen, die die Beamten zwingen würde, noch mehr von der Nahrung für die Wohnungsmiete abzuknipsen. Für Militarismus und Marinismus werden Millionen und Abermillionen, für vernünftige Kulturveredelung, für eine gründliche Regelung des Wohnungsgeldzuschusses bleibt nichts übrig. Redner regt die Gleichstellung einer Reihe von Vororten und Babeborten mit Berlin an und hofft, daß die Kommission die großen Mängel der Vorlage beseitigen werde. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Herr v. Tziemann: Herr Singer möchte den Wohnungsgeldzuschuß so groß haben, daß er die ganze Miete deckt. Das Wohnungsgeld aber sollte von vorneherein nur ein Zuschuß sein. Auch sollte nicht übersehen werden, daß die Beamten in diesen 30 Jahren eine Reihe Zulagen in den verschiedensten Formen erhalten haben, z. B. in Gehaltserhöhungen. Einzelne Ungerechtigkeiten in der Klassenerteilung der Orte wird die Kommission ja beseitigen können. Von einer Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses aber wird keine Rede sein können, da die Finanzlage des Reiches sehr ernst ist und noch ernster sich gestalten dürfte.

Abg. Richter (freis. Sp.): Die Vorlage ist noch nicht einmal ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wenn das Wohnungsgeld auch nur einen Zuschuß darstellen soll, so muß dieser Zuschuß doch heute denselben Prozentsatz darstellen wie 1873. (Sehr richtig! links.) Der Staatssekretär verwies dann auf die Erhöhung der Gehälter. Gewiß, das ist nicht zu bestreiten. Aber durch den Wohnungsgeldzuschuß sollen doch die Ungleichheiten beseitigt werden, die sich für dieselben Beamtenklassen aus der Verschiedenartigkeit der Teuerungsverhältnisse in den einzelnen Orten ergeben. — Man verweist uns nun auf die schlechte Finanzlage. Auf anderen Gebieten aber spürt man nichts von dieser schlechten Finanzlage. Die Unterhaltung der Befestigungen in China kostet uns nahezu so viel wie der ganze Wohnungsgeldzuschuß. Unsere ganze Weltpolitik steht im Widerspruch zu der finanziellen Lage. Unsere Politik ermuntert mich an jenen Mann, der im selben Gewande einhergeht und darunter ein zerrissenes Hemd trägt. (Heiterkeit.) Die Hauptschuld, daß wir zu keiner richtigen Normierung der Wohnungsgeldzuschüsse kommen, liegt in der unglücklichen Verquickung von Wohnungsgeldzuschuß und Servis. (Sehr richtig! links.) Die Offiziere haben auf diese Weise einen zweifachen Vorteil von der Verteilung ihres Wohnortes in eine höhere Servisklasse. Sie erhalten sowohl den höheren Servis wie den höheren Wohnungsgeldzuschuß. — Mit Recht verweist Herr Singer auf den Zolltarif. 1873 erklärte es Bismarck für selbstverständlich, daß die Beamten für die Verteuerung der Lebensmittel infolge des Zolltarifs durch höhere Gehälter entschädigt würden. — Mit der Ueberweisung an die Budgetkommission sind wir einverstanden. Dieser Kommission liegt zur Zeit auch die Vorlage betr. eine Reichsgarantie für die Bahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro vor. Dort werden für 87 Jahre pro Jahr 700000 Mk. gefordert. Wenn man diese 700000 Mk. vorläufig sparen würde, könnte man hier schon das Doppelte einsehen.

Die Beamten wünschen bringen eine Aufbesserung, während den Schwarzen in Afrika wenig an der Bahn gelegen ist (Heiterkeit); diese liegt höchstens im Interesse einiger Mitglieder der Kolonialgesellschaft. — Zu dem neuen Servis sind 400 Anträge eingegangen. Um diese Vorlage bis zum 1. Oktober fertig zu bringen, wird diese Kommission wie die Zolltarifkommission für den Sommer in Permanenz erklärt werden müssen, zumal diese einen Vorprung von 45 Sitzungen hat. Die Kommission wird auf jeden Fall eine gründliche Nachprüfung der Vorlage vornehmen müssen. (Bravo! links.)

Abg. Graf Noon (konf.): Die Verquickung der Servisklassen mit dem Wohnungsgeld wird sich auch nach unserer Ansicht auf die Dauer kaum aufrecht erhalten lassen. — Die Klasseneinteilung schlage ich vor für einige Jahre ein bloß anzunehmen, sonst könnte allerdings eine Verzögerung eintreten.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Aus der Debatte habe ich entnommen, daß die Angriffe sich weniger gegen die Grundsätze richteten, nach denen die Ueberweisung der einzelnen Orte in die Servisklassen erfolgt ist, als vielmehr gegen die Höhe des Wohnungsgeldzuschusses. Diese kann aber gar nicht Gegenstand der Debatte bei dieser Vorlage sein, denn es handelt sich hier nicht um ein Gesetz über den Wohnungsgeldzuschuß. Sollten Sie ein solches Gesetz wünschen, dann würde ich Ihnen allerdings sagen müssen: Nehme Geld in beiden Beutel, denn eine solche Vorlage wäre von außerordentlicher finanzieller Tragweite. — Der Vorschlag des Herrn Hofmann, die verheirateten Beamten vor den unverheirateten zu bevorzugen, erinnert mich an den Censor Bletius, der schon lange vor Christi Geburt die Staatsbürger zum Heiraten zwingen wollte. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Wagem (Centr.): Bei einer Anzahl von Städten ist bei Festsetzung des Servisstarfs das Wohnungsbedürfnis in Rücksicht gezogen worden, bei den meisten nicht. Deshalb sind wir zu einem Zwitwerg gekommen, das weder ein guter Servisstarf noch ein guter Wohnungstarf ist. Besonders nötig ist, daß Köln, Breslau und Leipzig endlich in die Servisklasse A kommen. Wir müssen die eingegangenen Petitionen sämtlich durcharbeiten. Servisstarf und Wohnungsgeldzuschüsse müssen getrennt werden. Ich beantrage, die Vorlage der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Langemann (freis. Sp.): Abg. Richter hat schon nach-

gewiesen, daß die Verbindung von Servisstarf und Wohnungsgeld ein Fehler ist; ebenso die 10 jährige Dauer. Bei dem großen Fortschritt im Westen ist eine solche Klasseneinteilung undenkbar. Die Städte im Westen haben kolossale Lasten, sie zahlen den Kommunalbeamten viel höheres Servis, als das Reich.

Abg. Hofmeister (freis. Sp.): Ich schließe mich dem Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission an und neige mich auch dem Vorschlag des Abg. Richter zu, Servisstarf und Wohnungstarf zu trennen. Die Berechnung nach der Einwohnerzahl führt zu großen Ungerechtigkeiten.

Hiermit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiehen.

Entwurf eines Gesetzes betr. den fliegenden Gerichtsstand der Presse

(Abänderung des § 7 der Strafprozessordnung). Nach der Vorlage soll § 7 folgende Fassung erhalten:

Der Gerichtsstand ist bei demjenigen Gericht begründet, in dessen Bezirk die strafbare Handlung begangen ist.

Wird der Tatbestand der strafbaren Handlung durch den Inhalt einer im Inland erschienenen periodischen Druckschrift begründet, so ist als das nach Abs. 1 zuständige Gericht dasjenige anzusehen, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Nur bei Privatbeleidigung soll das Gericht, in dessen Bezirk die Druckschrift verbreitet worden ist, zuständig sein, wenn in diesem Bezirk die beleidigte Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Staatssekretär Niederling: Die Vorlage ist weniger der Ausdruck der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen, als der Wunsch, in dieser Frage der Forderung des Reichstags entgegenzukommen. Die Regierung hat sich aber jenen Wünschen des Reichstags nur anbequem, ohne sich seine Anschauungen zu eigen zu machen. Die Regierung kann die bringende Notwendigkeit einer Aenderung des bestehenden Zustandes nicht anerkennen. Zugabe ist ja, daß der bestehende Zustand Ungleichheiten für die Presse haben kann, aber die Rücksicht auf die Presse allein kann nicht maßgebend sein.

Abg. Dr. Giese (nat.-lib.): Die Vorlage wäre gar nicht nötig gewesen, wenn § 7 der Strafprozessordnung immer richtig ausgelegt worden wäre. Die Vorlage ist kein Privileg für die Presse, denn eine Straftat muß nur naturgemäß dort bestraft werden, wo sie begangen ist. Die Ausnahme für Privatbeleidigungsklagen halte ich für sehr glücklich. Dem Beleidigten muß daran liegen, daß in seinem Wohnort die Thatfache der Beleidigung festgestellt wird. Eine Kommissionsberatung der Vorlage halte ich für überflüssig.

Abg. Dr. Spahn (Centr.): Auch ich halte eine Kommissionsberatung nicht für angebracht, da es sich nur um wenig Streitpunkte handelt und die Angelegenheit von großem öffentlichen Interesse ist. Die in der Vorlage gemachte Ausnahme halte auch ich für durchaus notwendig.

Abg. Reich-Coburg (freis. Sp.): Schon auf dem Bamberger Juristentage wurde eine Resolution angenommen, die sich für die Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes aussprach. Seine Beseitigung wird von Regierungsentwurf auf die periodische Presse beschränkt, es wäre aber besser, das Gesetz auf alle Produkte der Presse auszudehnen. Wir sind gegen die Kommissionsberatung und werden in zweiter Lesung eine Reihe von Abänderungsanträgen stellen. Der vorliegende Entwurf entspricht den Bedürfnissen in keiner Weise. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Dettel (konf.): Ich hoffe, daß die Regierung auch bei wichtigeren Dingen jenen Anbaugebungsprojetz vollziehen wird, von dem der Herr Staatssekretär heute gesprochen hat. Auf die Mißstände des fliegenden Gerichtsstandes brauche ich hier nicht einzugehen. Sie sind genug bekannt. Den ersten Satz der Vorlage nehmen meine politischen Freunde ausnahmslos an. Viel unstrittener aber ist der zweite Satz. Dieser muß in der That von der Presse als Ausnahmebestimmung empfunden werden, wenn er es auch nicht ist. Er ist nur eine beschränkte Wiederherstellung des geltenden Zustandes. Wenn einerseits anerkannt werden muß, daß mit Beleidigungsklagen gegen die Presse geradezu frivol vorgegangen wird, so kann man andererseits nicht leugnen, daß der Beleidigte ein großes Interesse daran hat, in seinem Wohnort rehabilitiert zu werden. Ein großer Teil meiner Freunde wird gegen die Vorlage stimmen, wenn der zweite Teil abgelehnt wird. Ich halte es aber nicht für richtig, an diesem Streitpunkt die ganze Vorlage scheitern zu lassen, die eine erhebliche Verbesserung für die Presse bedeutet. (Bravo! rechts.)

Abg. Seine (Soz.): Der Staatssekretär hat uns zu verstehen gegeben, daß die Regierung diesem Entwurf mit dem Gefühl absoluter Würdigkeit gegenübersteht. Er hat gesagt: „Wird der Entwurf nicht angenommen, um so besser.“ Wird der Entwurf, wie er vorliegt, nicht angenommen, so sage auch ich: „Um so besser!“ Ich bin hier einer von den wenigen, die an dem Entwurf den geringsten Teil der Vaterkraft haben und werde diese günstige Position ausnutzen und erklären, warum es besser ist, wenn er nicht angenommen wird. Herr Dettel sagte, es wäre Penonimfreiheit, so etwas zu sagen. Ich gebe zu, daß es für einen Nichtjuristen schwer ist, die Gefahren, welche in diesem Entwurf liegen, zu erkennen. Der Entwurf schädigt die Presse mehr, wie er nicht. Ich bin nicht der Meinung des Herrn Staatssekretärs, es wäre nicht vorzuziehen, daß der § 7 leichtfertig angewendet wäre. Das kann ich auf Grund der Erfahrungen in meiner Praxis als Verteidiger widerlegen. Ich erinnere z. B. nur an den Fall Grafmann. Grafmann ist wegen seiner Ueberzeugung des Liguori von Gericht zu Gericht gezogen, bis er endlich in Bayern verurteilt ist. In München habe ich selbst folgenden Fall aus den Akten gesehen: Eine sächsische Staatsanwaltschaft fragte in München an, weshalb wegen einer Kritik des Völkauer Urteils keine Anklage erfolgt sei, und es findet sich in den Akten der Münchener Staatsanwaltschaft der Vermerk: „Die Staatsanwaltschaft habe sich die Frage vorgelegt, hielt es aber nach Lage der Verhältnisse nicht für geboten, einzuschreiten.“ Der betreffende Redakteur wurde dann vor ein sächsisches Gericht gezogen und dann zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt! (Hört, hört! bei den Soz.) Obgleich es im wesentlichen die sozialistische Presse ist, die vom fliegenden Gerichtsstand betroffen wird, glaube ich doch nicht an die Verbesserung, die Herr Dettel in diesem Entwurf erblickte. Die Rechtsprechung des fliegenden Gerichtsstandes ist einfach geschwändig. Davon müssen wir ausgehen. Der Herr Staatssekretär sagte, die früheren Beratungen des Reichstags über diesen Gegenstand bei der Strafprozessordnung hätten zu keinem positiven Ergebnis geführt. Das ist aber nicht der Fall. Denn sowohl die Mitglieder des Reichstags, als wie der Regierungsvorredner Hanauer waren einstimmig der Meinung, daß solche Anlagen in allen Fällen nicht anders behandelt werden könnten, als an dem Ort, wo die Zeitung erscheint. Hanauer hat nur einen Ausnahmefall bezeichnet, nämlich daß eine Beleidigung als solche nur an einem anderen Ort herausgebracht werden könnte. Das ist so recht eine juristische Listerei, ein Fall, der in der Praxis überhaupt nicht vorkommt. Der Herr Abg. Hänel hat schon damals auf die große Gefahr hingewiesen, die durch die Ablehnung des Antrags des Reichstags und die Erklärung des Dr. Hanauer herbeigeführt würde; er hat sich leider als ein richtiger Prophet erwiesen. So viel ist durch die damaligen Ausführungen erwiesen, daß der fliegende Gerichtsstand ein Mißbrauch ist, auch wenn das Reichsgericht sich nicht auf diesen Standpunkt stellt. Wenn wir den Entwurf annehmen, den uns die Regierung hier vorgelegt hat, ist es kein Mißbrauch mehr. Der Mißbrauch wird dann legalisiert. Der Entwurf bedeutet aber auch für die Praxis einen Rückschritt. Wir haben, daß die Hochsitz der Anwendung des fliegenden Gerichtsstandes vorüber ist. Die Gerichte, die eine Korrigierung ihrer Ent-

scheidungen vom Reichsgericht nicht zu befürchten haben, haben den fliegenden Gerichtsstand längst aufgegeben. Im Laufe der Jahre wird vielleicht auch das Reichsgericht einmal seinen Standpunkt ändern. Das ist der eine Grund, aus dem ich gegen den Entwurf stimmen werde. Diese ganze Judikatur hängt zusammen mit einer grenzenlosen Ausdehnung des dem Täter strafrechtlich zugurechnenden Gebietes von Handlung und Wirkung — eine falsche Theorie, die sich nicht nur in der Anwendung des fliegenden Gerichtsstandes zeigt, sondern auch auf anderen Gebieten. Es herrscht die Tendenz, den Moment des Beginns einer strafrechtlich zu verfolgenden Handlung möglichst weit nach vorn zu schieben, schon den Versuch strafbar zu machen u. s. w., andererseits das Ende des Delikts möglichst weit hinauszuheben. So hat man einen Gegenstand konstruiert zwischen der Vollendung und der Beendigung einer Straftat. Das Presbelleit kann z. B. noch so lange bestraft werden, so lange sich noch irgendwo ein Exemplar des Prehergebnisses befindet. Bei dieser Lage der Dinge ist es möglich gewesen, auch den dolus eventualis in die Praxis einzuführen. Glücklicherweise hält ja die öffentliche Meinung bei uns die Presbelleit überhaupt nicht für Delikte, sondern ihre Verfolgung nur für die Unterdrückung einer anderen Ueberzeugung. Herr Dettel hat recht, wenn er sagt, daß eine wahre Manie in Bezug auf Presanklagen existiert, dieselben richten sich aber mehr gegen die oppositionelle Presse. Durch ein Urteil des Oberlandesgerichts in Dresden und später auch des Reichsgerichts ist die Verjährung des Presbelleits überhaupt aufgehoben. Für Presbelleit ist eine Verjährungsfrist von sechs Monaten vorgehoben. Nach unserer Judikatur existiert aber ein Delikt noch so lange, als sich z. B. von einem Buche in irgend einer Bibliothek ein Exemplar zu jedermanns Entnahme befindet. Seine Verjährung beginnt nicht eher, als bis das letzte Exemplar dieses Erzeugnisses von den Flammen verzehrt ist oder auf eine andere Weise abhanden gekommen ist. Das ist ein Zustand, der geschwändig ist und gegen den klaren Willen des Geschwähers ist. Trotzdem besteht er bei uns als geltendes Recht. Nehmen wir diesen Entwurf an, so verewigen wir den Grundfab, der geführt hat zur Anwendung des dolus eventualis, des fliegenden Gerichtsstandes und zur Aufhebung der Verjährung. Schon dieser Folgen wegen sollte man den Entwurf ablehnen.

Als Jurist aber habe ich auch andere Bedenken gegen den Entwurf, so Bedenken des juristischen Schönheitsgefühls. Man erklärt in Absatz 1, daß der Gerichtsstand bei demjenigen Gerichte begründet ist, in dessen Bezirk die strafbare Handlung begangen ist. Im Absatz 2 heißt es dann, als zuständig ist nur das Gericht anzusehen, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Wenn der im ersten Absatz genannte Ort der Ort der That ist, dann ist eben der zweite nicht mehr der Ort der That.

Die Schaffung eines bestimmten, ausschließlichen Forums für Presbelleit wird von gewisser Seite als Begünstigung der Presse bezeichnet und fast jeder Redner hat sich dagegen verwahrt, als ob er etwa die Presse begünstigen wolle. Erstens handelt es sich nicht um eine Begünstigung, sondern nur um die Beseitigung eines Zustandes, der die Presse schlechter stellt als jeden anderen. Warum sollte man nicht schließlich auch die Presse begünstigen? Wir Deutsche pflegen ja sehr stolz darauf zu sein, daß wir die Buchdruckerkunst erfinden haben. Es giebt ja auch Leute, die, wenigstens im Inlande, die Journalisten den kommandierenden Generalen gleichstellen, und wenn man die Presse, die sich zur Verherrlichung von Prinzenreisen, von lokalen Demonstrationen und zur Verbreitung gewisser photographischer Aufnahmen hergiebt, begünstigt, warum soll man nicht auch die erste Schriftstellerei begünstigen? Auf der öffentlichen Kritik beruht die Gesundheit des Volkstörpers.

Es muß also ein bestimmtes, ausschließliches Forum für Presbelleit geschaffen werden. Thut man dies nicht, so kann auch z. B. im Wege des Zusammenhanges nach § 13 der Strafprozessordnung jeder Redakteur wieder vor jedes beliebige Gericht in Deutschland gezogen werden. Vorigen habe ich in einem Proseß verteidigt, in dem eine in Brandenburg erscheinende Zeitung angeklagt war wegen eines Verichts über eine in Preuzlau vorgefallene Schlägerei. In Preuzlau glaubte man den Verfasser des Verichts ermittelt zu haben und klagte ihn dort an. Auf Grund des Zusammenhanges aber klagte man zugleich auch den verantwortlichen Redakteur aus Brandenburg an. Man brauchte also gar nicht seine Zustucht zu dem fliegenden Gerichtsstand zu nehmen, um diesen Redakteur seinen ordentlichen Richter zu entziehen.

Die Notwendigkeit, auch die nicht periodische Presse in diese Vorlage aufzunehmen, ist schon betont worden. Es giebt in der That keinen vernünftigen Grund dagegen. Kammergerichtsrat Kroncker, Oberlandesgerichtspräsident Hamm und der 25. Juristentag haben ebenfalls in diesem Sinne votiert. Für ebenso zwecklos halte ich die Exception der Privatklagen. Ich habe schon neulich gesagt, daß die Ueberwucherung der Beleidigungsklagen eine durchaus nicht wünschenswerte Thatfache unserer öffentlichen Lebens ist. Sie beweist durchaus nicht eine besondere Stärke des Ehrgefühls. Ein großer Teil dieser Klagen ist die reine Selbstkate. Wir haben also gar keinen Anlaß, hier eine Ausnahmebestimmung zu Gunsten der Privatklagen zu machen.

Besondere Bedenken erregt ferner die Umgrenzung des Presbelleits in der Vorlage. Es hat sich als außerordentlich schwer erwiesen, hierfür eine genügende Form zu finden. Die Fassung der Vorlage ist ganz unzulänglich. Danach soll nur der Thatbestand der strafbaren Handlung durch den Inhalt der Druckschrift begründet sein. Nur in diesem Falle soll der fliegende Gerichtsstand ausgeschlossen sein. Wenn das Gesetz nicht, so haben wir den fliegenden Gerichtsstand überhaupt nicht beseitigt, denn außer dem Hochverrat giebt es kein einziges Delikt, wo der bloße Inhalt einer Druckschrift schon genügt, es muß überall noch ein weiteres dazu kommen. Ich kann nicht annehmen, daß die Verfasser des Entwurfs den Reichstag haben dupieren wollen, jedenfalls aber haben sie sich die jegliche Rechtsprechung und Gesetzgebung nicht genügend vergegenwärtigt. Man verteidige mich nicht auf die lokale Auslegung dieses Passus durch das Reichsgericht. Zu dieser Hoffnung hat uns die bisherige Haltung des Reichsgerichts leider keine Veranlassung gegeben. Aber auch ganz abgesehen davon, bliebe bei dieser Fassung noch immer das ganze große Gebiet der Beleidigungen unter dem fliegenden Gerichtsstand. Denn das Reichsgericht steht auf dem Standpunkt, daß es bei jeder Beleidigung für die Strafbarkeit nicht nur auf den Inhalt, sondern auch darauf ankommt, ob die beleidigende Schrift oder Aeußerung einem Dritten zur Kenntnis gelangt ist. Ich weiß wohl, daß es nicht in der Absicht des Verfassers gelegen haben kann, die gesamten Beleidigungen auszunehmen, sonst hätte er nicht die Privatklagen besonders auszunehmen brauchen, aber das beweist nur, daß der Entwurf nicht in gehöriger Weise durchgearbeitet worden ist. — Wie notwendig es ist, auch für die Beschlagnahme einer Druckschrift ein bestimmtes Forum zu begründen, beweist ein in der Schrift meines Parteigenossen Aumer: Die heilige Behme des Militarismus angeführter Fall. Ein Soldat wurde vom Militärgericht zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, weil er ein Paket Drucksachen an einen Wirt gegeben hatte, dessen Inhalt niemals vorher von einem Staatsanwalt beanstandet worden war. In dem Citat: „Vor dem Schaben, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Manne ergritte nicht“, wurde der Thatbestand der Aufreizung erblickt. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Militärgericht meinte: Die Thatfache, daß Polizei und Staatsanwaltschaft keinen Anlaß zur Verhaftung genommen haben, erscheint gleichgültig, vom militärischen Standpunkt aus urteilt man schärfer. (Hört, hört!) Wegen einer derartigen Rechtsunsicherheit müssen wir uns unbedingt schützen. — So wie das Gesetz vorliegt, können wir es nicht annehmen. Es wäre in principeller Beziehung ein verhängnisvoller Rückschritt. Man glaube nicht, daß unter allen Umständen etwas

gemacht werden muß. Will die Reichsregierung kein gutes Geseh. so thut die Presse besser daran, noch etwas zu warten. Wir sind es ja auf allen Gebieten gewöhnt, auf die notwendigen Verbesserungen einzuwarten und länger warten zu müssen, und so wird auch die Presse die Kleinlichen Zwiebelungen noch weiter ertragen können. — Wenn wir es bei dem jetzigen Zustand belassen, könnte man uns höchstens vorwerfen, daß wir ein Unrecht mit angesehen haben, dem wir nicht im Stande waren abzuhelfen, nehmen wir aber die Vorlage an, so kann man uns mit Recht den Vorwurf machen, daß wir uns an dem Unrecht selbst beteiligt, es sanktioniert haben, und das wäre der größte Fehler, den der Reichstag nach dieser Richtung thun könnte. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jessen (Däne): Wir Dänen sind an die merkwürdigsten Auslegungen der Gesetze gewöhnt, auch beim stehenden Gerichtsstand. So ist ein anderer Gerichtshof gewählt worden, um die Verurteilung eines Mannes wegen groben Unfugs zu mehreren Wochen Haft herbeizuführen, der den historischen Namen Südjütland für die Provinz gebraucht hatte. Unter welchen Ausnahmeständen wir leben, geht daraus hervor, daß die Reichstagswahl in meinem Bezirk um vier Monate hinausgeschoben worden ist, um in der Zwischenzeit einige 100 Personen auszuweisen... (Präsident Graf Valeriusen erwidert den Redner, allmählich auf den Gegenstand zu kommen, der auf der Tagesordnung steht.) Für uns Dänen hat die Aufhebung des stehenden Gerichtsstandes für die Presse geringe Bedeutung, denn wir stehen lieber in jedem andern Teil Deutschlands vor Gericht, als in unserer Provinz. Aber für andere Richtungen ist diese Aufhebung wohl von einiger Bedeutung. Redner erklärt sich im weiteren gegen die Ausnahme, die die Vorlage für die Privatklagen wegen Verleumdung macht. Als Redner wieder auf die allgemeine Ausnahmebehandlung der Dänen durch die Reichsregierung eingeht, unterbricht ihn der Präsident Graf Valeriusen: Ich muß den Redner bitten, keine allgemein politische Rede zu halten. Das können Sie thun beim Budget — im nächsten Jahre. (Stürmische Heiterkeit.) Als Redner seine allgemeinen Ausführungen zu Ende führen will, ruft ihn der Präsident zur Sache und der Redner verläßt die Tribüne.

Die Weiterberatung wird sodann auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Außerdem Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die Genehmigung zur Einleitung von Privatklagenverfahren gegen die Abg. Ulrich und Fischer-Sachsen. Zweite Beratung der Novelle zum Schaumweinsteuergesetz.

Sächsischer Landtag.

s. Dresden, 21. April.

80. Sitzung der Zweiten Kammer.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der schriftliche Bericht der Finanzdeputation A über die Kapitel 25 und 26 des ordentlichen Etats und Verzinsung der Staatsschulden, sowie Tilgung der Staatsschulden betreffend.

Abg. Gontard (Berichtersteller): Er wolle bei dem wichtigen Kapitel über die Verzinsung der Staatsschulden nur bemerken, daß sich unsere Staatsschulden seit der letzten Finanzperiode um 150 Millionen Mark vermehrt haben. (Bewegung.) Am 1. Januar 1900 hatten wir eine Schuldenlast von 880 Millionen Mark und am 1. Januar 1902 eine solche von 980 136 000 Mk. Wenn man bedenke, daß dafür verhältnismäßig wenig Werte geschaffen worden seien und die Kosten für Neuanschaffungen auf der Staatsbahn, wie Lokomotiven und Eisenbahnwagen, noch jetzt in der Hauptsache aus den Anleihen gedeckt werden, so müsse er sagen, daß er die Stimmung, die bei der Beratung über die Steuerordnungen in der Ersten Kammer herrschte, nicht teilen kann. So richtig, wie sie in der Ersten Kammer geschildert wurden, erscheinen mir die finanziellen Verhältnisse unseres Landes nicht. Ich halte es im Gegenteil für höchst bedenklich, wenn wir auf Kosten unserer Nachkommen so weiter wirtschaften. (Sehr richtig!) Ich sehe darin einen Fingerzeig, alles daran zu setzen, daß die neuen Steuererlasse im Vereinigungsverfahren noch zu Stande kommen.

Somit nimmt niemand das Wort. Darauf werden bei Kapitel 25 für die Verzinsung der Staatsschulden die Ausgaben mit 20 948 318 Mk. bemittelt, bezugnehmend bei Kapitel 26, Tilgung der Staatsschulden, die Ausgaben mit 9 201 881 Mk.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung stand eine Petition des Gemeinderats in Copitz bei Pirna auf der Tagesordnung. Der Gemeinderat des genannten Ortes hat an das Ministerium vor einiger Zeit das Ersuchen gerichtet, die Einführung der Städteordnung für mittlere und kleinere Städte unter Zugrundelegung des Klassenwahlrechts für die Gemeinderatswahlen zu gestatten. Das Ministerium hatte aber trotz des lockenden Anerbietens bezüglich des Dreiklassenwahlrechts ein Bedürfnis für diese Maßnahmen nicht erblicken können. Jetzt soll der Landtag den Copitzern zu der Städteordnung und damit wohl auch zu dem Klassenwahlrecht verhelfen. Aber auch hier hat man kein Verständnis für die Schmerzen des Copitzer Gemeinderates und läßt die Petition auf sich beruhen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1/2 12 Uhr. Tagesordnung: Eisenbahnangelegenheiten.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die sächsischen Staatsschulden. In der Zweiten Kammer hob Abg. Gontard gestern bei der Berichterstattung über die Staatsschulden hervor, daß diese seit der letzten Finanzperiode um 150 Millionen gleich 18 Prozent gewachsen seien. Die Gesamthöhe betrage 980 136 000 Mk. Die Finanzlage sei also nicht so rosig anzufassen, wie es die Erste Kammer bei der Steuerreformberatung gethan habe. Ein einfaches Exempel er giebt, daß der Etat schon jetzt durch die Schuldenwirtschaft um 39 149 649 Mk. an laufenden Ausgaben belastet wird. Was das bedeutet, wird sofort klar, wenn man bedenkt, daß der Gesamtertrag der Einkommensteuer nur 42 Millionen ausmacht. Unsere Schulden zehren sonach beinahe den gesamten Ertrag der Einkommensteuer auf.

Der größte Teil der 150 Millionen, um die sich unsere Staatsschulden vermehrt haben, ist verausgabt worden für unproduktive Zwecke und hätte eigentlich durch die ordentlichen Einnahmen aus der Steuer gedeckt werden müssen. So ver schlechert sich unsere Finanzlage von Jahr zu Jahr immer mehr und der Landtag erweist sich als unfähig, die dringend notwendige Abhilfe zu schaffen.

Geheimrat Dr. Diller ist zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Prädikat Excellenz ernannt worden. Beim Sturz des Finanzministers v. Wagdorf wurde Dr. Diller als der eigentliche Verantwortliche für die Ueberstreichungen des Etats, die den Anlaß zu der Ministerkrise gaben, bezeichnet. Damals hieß es, Dr. Diller habe kein Oberbürgeramt eingereicht; in den letzten Tagen wurde sogar der Oberbürgermeister Dr. Schröder von Plauen als sein Nachfolger genannt. Statt der Entlassung Dr. Dillers hört man nun von einer bedeutenden Auszeichnung. Oder soll diese Auszeichnung dem Betroffenen vielleicht den bevorstehenden Abschied verschüpfen?

Die königl. Porzellanmanufaktur in Meißen und die Ausstellungen. In dem Bericht, den die Finanzdeputation A der Zweiten Kammer des Landtags über die kgl. Porzellanmanu-

faktur erstattet hat, wird gesagt, daß die von dieser in den letzten zehn Jahren besichtigten fünf Ausstellungen (1893 Chicago, 1897 Dresden und Leipzig, 1898 Dresden und 1900 Paris) nicht nur direkt bedeutende und schwer wieder einzubringende Ausgaben verursacht haben, sondern auch mittelbar dem Betriebe, wie dem Geschäftse Störungen gebracht, welche sich noch jahrelang unangenehm fühlbar machen werden, ohne daß bis jetzt die davon erhoffte Steigerung des Absatzes wahrnehmbar geworden wäre. Es ist daher zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Produktion und Absatz dringend zu wünschen, daß die Notwendigkeit, eine Weltausstellung zu beschicken, in einer längeren Reihe von Jahren nicht wieder an die kgl. Porzellanmanufaktur herantritt. Was aber ihre Beteiligung an kleineren Kunst- und Kunstgewerbeausstellungen, Bögaren und dergleichen Veranstaltungen anlangt, bei denen es sich nicht um die Erhaltung des Betriebes der kgl. Porzellanmanufaktur zu Meißen, sondern hauptsächlich um Unterstützung und Ausschmückung der betreffenden Veranstaltungen handelt, dürfte nach Ansicht der Deputation der Regierung zu empfehlen sein, sich nicht ausschließlich nach dem Verhalten der Konkurrenzfabriken in Schwes und Berlin zu richten, sondern im Hinblick auf die bisherigen Erfahrungen in jedem einzelnen Falle besonders sorgfältig zu erwägen, ob eine Beschickung den Interessen der kgl. Porzellanmanufaktur wirklich entspricht oder nicht. Als sicher erwiesen ist anzunehmen, daß der aus der Beschickung von Ausstellungen der kgl. Porzellanmanufaktur erwachsende Nutzen in keinem Verhältnis zu den ganz unverhältnismäßig hohen, durch solche Ausstellungen bedingten Unkosten steht. Für die Pariser Ausstellung hat die im Voretat veranschlagte Summe von gemeinjährig 25 000 Mk. nicht genügt; die wirklichen Ausgaben für solche betragen vielmehr 93 266,75 Mk. (1), denen nur eine Einnahme, bestehend aus dem Meinerlöse der verkauften Waren von 123 000,00 Mk. gegenübersteht. Es haben hiernach die hohen Ausstellungskosten in keiner Weise durch die erfolgten Verkäufe an Waren einen entsprechenden Ausgleich gefunden. Unberücksichtigt bleibt hierbei noch der Umstand, daß die außerordentlichen Ausstellungsgegenstände wohl noch lange Jahre das Warenlager der Porzellanmanufaktur beschweren werden, da solche teure Kunstprodukte doch nur sehr vereinzelt an den Mann gebracht werden können. Außerdem haben Beschickungen an den ausgestellten Objekten mehrfach kostspielige Reparaturen und Wiederherstellungsarbeiten verursacht.

s. Dresden, 21. April. Einen peinlichen Vorfall, den der Vorstand der hiesigen Reformpartei glücklicherweise unterbreiten glaubt, wollen wir nachträglich der Öffentlichkeit unterbreiten. Viele Mitglieder des seit drei Jahren in Liquidation befindlichen Spar- und Voranschlagsvereins waren mit ihren Liquidatoren sehr unzufrieden, weil ihres Erachtens die Liquidation zu langsam fortschritt und zu teuer wurde. Hatte doch das Honorar an die Liquidatoren bereits 44 000 Mk. verschlungen. Auf der letzten Generalversammlung, die vor zwei Wochen stattfand, versuchte die Opposition den freisinnigen Schuldirektor a. D. Schmidt zum Liquidator zu machen, zumal Herr Schmidt seinen Posten ehrenamtlich versehen wollte. Um diese Kandidatur zu vereiteln, erklärte der antisemitische Stadtverordnete Glöb, Schmidt schulde dem Verein 10 000 Mk. und zum Beweise zeige er der Generalversammlung eine Anzahl Wechsel vor. Dem Prolet Schmidt, daß die Wechsel auf die Spar- und Voranschlagsbank lauteten, wurde kein Glaube geschenkt. Man wählte nicht ihn, sondern Glöb.

Jetzt stellt sich heraus, daß Herr Glöb die Wechsel um 15 Prozent aufgetauft halte und daß sie wirklich nur die Spar- und Voranschlagsbank angehen. Von Herrn Schmidt verlangte Glöb den vollen Wechselbetrag. Der Vorstand der hiesigen Reformpartei beschloß sich in voriger Woche mit dem Fall Glöb-Schmidt. Er empfahl Glöb, die Wechsel um 15 Prozent an Schmidt zurückzugeben, dagegen sollte sich Schmidt verpflichten, die Angelegenheit nicht in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Antisemitenhänflinge müssen also auch das Empfinden haben, daß das Verhalten des Silberbogens-Glöb weder ihm noch der Reformpartei zum Vorteil gereicht.

Dresden, 21. April. Der Banktschwindler Wolf, der in seiner Eigenschaft als Buchhalter des hiesigen Bankhauses Günther u. Rudolph nicht nur diese Firma, sondern auch eine andere hiesige Bank um hohe Beträge im Gesamtwerte von 45 000 Mk. durch gefälschte Wechsel betrogen hatte, ist heute von der 6. Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu acht Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Wolf ist 1871 in Meerane geboren und stand seit sechs Jahren als Korrespondent in Diensten des Bankhauses Günther u. Rudolph, bezog jährlich 2100 Mk. Gehalt und 150 bis 200 Mk. Tantieme. Seine Frau hat ihm ein Grundstück in die Ehe eingebracht, das einen Zinsüberschuß von 3300 Mk. abwarf. Aus Sorge ums tägliche Brot ist Wolf also nicht zum Verbrecher geworden, sondern rein aus ehrlicher Gewinnsucht. Seit 1899 spekulierte er durch Vermittlung einer Berliner Firma an der Londoner Börse in südafrikanischen Minenaktien und erzielte seit dieser Zeit einen Umsatz von 296 969 Mk., allerdings nicht zu seinen Gunsten; er selbst beziffert seinen Verlust auf 53 000 Mk. und wurde schon im Mai 1900 von Berlin und London aus um Begleichung seines Kontos gedrängt. Die finanzielle Bedrängnis ließ ihn dann seine mit großem Raffinement ausgeführten Verbrechen begehen. Der Angeklagte legt in der Verhandlung ein vollständiges Geständnis ab und antwortet namentlich im Hinblick auf den unschuldig in Verdacht gekommenen Berricke: „Ich habe auch so viel gestritten und gerungen mit meinen Händen, meine Frau und Kinder habe ich nicht unglücklich machen wollen!“ und bittet mit thranenerfüllter Stimme, ihn ja doch mit dem Zuchthaus verschonen zu wollen. Staatsanwalt Hausner beantragt die höchste zulässige Zuchthausstrafe von 15 Jahren. Der Gerichtshof erkennt den Angeklagten der schweren Urkundenfälschungen in 7 Fällen, verbunden mit 4 vollendeten und 2 versuchten Verbrechen, einer einfachen Urkundenfälschung, eines Diebstahls und eines Betruges für schuldig und verurteilt den Angeklagten zu der oben erwähnten Strafe. Bei der Strafmessung kam u. a. des Angeklagten planmäßiges und von langer Hand vorbereitetes Verbrechen, seine Gemeingefährlichkeit, die lange Dauer seines verbrecherischen Treibens und endlich der Umstand in Betracht, daß durch ihn ein Unschuldiger in schweren Verdacht gekommen ist. Der Angeklagte nahm das Urteil in völlig gebrochenem Zustande hin.

r. Pagan, 21. April. Bereits über fünf Jahre hat die hiesige Arbeiterkassette gekämpft, um die Börsehalle zur Abhaltung von Versammlungen und Vergnügen zu gewinnen, bis endlich durch deren Zwangsversteigerung ein Wechsel des Besitzers eintrat und wir am 18. d. M. wieder unsere erste Versammlung abhalten konnten. Genosse Lüttich sprach über Sozialpolitik und Reichstag in sachlicher 1/2 stündiger Rede zur Zufriedenheit der Anwesenden. In der Diskussion bemerkte Genosse Berner, daß Gegner unsere Versammlungen nicht besuchen, um nicht mit uns in sachlicher Weise zu diskutieren; wir seien gewöhnt zum Volke zu sprechen. Genosse Wettermann forderte zu einer regen Beteiligung der Mitarbeiter auf.

Der Vertrauensmann teilt mit, daß bezüglich der Drehverhältnisse im 14. Wahlkreis eine Aenderung eintrete und im Laufe des Juni Probenummern zur Agitation und Gewinnung von Abonnenten zur Verbreitung gelangen; er fordert die Genossen zu einer regen Beteiligung an der Verbreitung auf. Genosse Roack schlägt die Versammlung mit einem Appell an die Arbeiterkassette, die Börsehalle auch kräftig zu unterstützen. Sollten Genossen bei ihren Ausflügen auch Pagan berühren, so werden sie erjucht, die hiesigen Genossen in der Lokalfrage zu unterstützen und bei ihrer Einkehr nur solche Lokale zu berücksichtigen, die den Arbeitern zur Förderung ihrer Interessen zur Verfügung stehen, nämlich die Börsehalle Pagan und Gasthof Carlsdorf bei Pagan.

Aus dem Vogtland, 21. April. Zu den Bestimmungen der Gewerbeordnung, welche nur da sind, um umgangen zu werden, gehört auch die, wonach die Wöchnerinnen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht, während der darauffolgenden zwei Wochen aber nur beschäftigt werden dürfen, wenn dies das Zeugnis eines approbierten Arztes für zulässig erklärt. Eine Firma in Reichenbach hat wiederholt gegen diese Bestimmung geklagt, weshalb — der Expedient, der die Beschäftigung angeblich gebildet hat, sich dieser Tage vor dem Schöffengericht Reichenbach zu verantworten hatte. Er erhielt 10 Mk. Geldstrafe. Zu derselben Verhandlung wurde eine Direktrice, welche „gebildet“ hatte, daß mehrere weibliche Personen länger wie 11 Stunden täglich und über 1/2 9 Uhr abends hinaus gearbeitet hatten, ebenfalls zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. Auch ein neues Verfahren, die Angestellten anzuführen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In einer Lehmanne beim Segen Gottes-Schachte bei Zwickau fand man vor einiger Zeit in 11 Meter Tiefe einen unterhaltenen **Watzmann des Mannes**. So viel bekannt, ist in dieser Gegend noch nie ein ähnlicher Fund gemacht worden. — Ein Hürdingen im Erzgebirge wird über seinen **Kindersorgen** berichtet: Dem höchsten im 69. Lebensjahre stehenden Einwohner Joseph Ströder wurde das 37. Kind, ein Mädchen, geboren. Herr Ströder ist zum drittenmal verheiratet. Seine erste Frau beglückte ihn in 17jähriger Ehe mit 18 Kindern, 10 Knaben, 8 Mädchen, auch einmal mit Zwillingen, seine zweite Frau in 12jähr. Ehe mit 12 Kindern, 8 Knaben, 4 Mädchen und seine dritte Ehegattin in 12jähr. Ehe mit 12 Kindern, 6 Knaben und 6 Mädchen. Von diesen 37 Kindern befinden sich 10 am Leben. Mit Glucksgöttern ist Ströder nicht gesegnet. — In der Nacht zum Freitag ist im Verwaltungsgebäude des mit der Strafanstalt Sachsenburg verbundenen königlichen Kammergutes ein **frecher Einbruchdiebstahl** verübt worden. Der Einbrecher, vermutlich ein entlassener Sachsenburger Sträfling, hatte sich am Donnerstag in den Abendstunden eingeschlichen und im Gebäude verborgen gehalten, bis die Bewohner gegen 1/10 Uhr zur Ruhe gegangen waren. Er ist dann in die im Parterre gelegene Wirtschaftsexpedition eingedrungen, hat die verschlossenen Verbindungsthüren nach dem Kassenzimmer aufgesprungen und den Kassenschatz zu öffnen gesucht. Da ihm dies nicht gelungen, ist er in die angrenzende Wohnstube des Kammergutsvorsitzendes, des Oekonomierates Uhlig, eingedrungen und hat den massiven Schreibtisch erbrochen, wobei ihm gegen 320 Mk. baren Geldes in die Hände gefallen sind. — Aus Dresden wird berichtet: Frau Rippenhahn, die am Freitag ihre drei Kinder ermordet und sich dann selbst getötet hat, ist, wie ihr Gatte behauptet, **durch Verberührung in den Tod** getrieben worden. Eine sogenannte „gute Freundin“ hatte Frau Rippenhahn des Verbrechens gegen das heimliche Leben beglückt. Dies hatte sich herumgesprochen, und es war sogar eine Untersuchung eingeleitet worden, aus der jedoch die Schuldlosigkeit der unglücklichen Frau vollständig hervorging. Trotzdem hatte sie sich die Verschuldigungen in den Kopf gesetzt, so daß sie schließlich in einem unbewachten Augenblicke Hand an sich und ihre Kinder legte. — Im Zuchthaus zu Waldheim hat der aus Eibenstock gebürtige, zuletzt in Pöhlitz bei Zwickau wohnhaft gewesene Fabrikarbeiter Wolf Lent seinem Leben durch **Erhängen ein Ende** gemacht. Lent hatte im Herbst v. J. in Schneeberg seine Geliebte, die Fabrikarbeiterin Apis, die nicht mehr von ihm wissen wollte, erschossen und war deshalb vom Zwickauer Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurteilt, vom Könige aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden.

Gera, 21. April. Das hiesige Landgericht hat im November v. J. den Klemperlehrer Paul Jech aus Schleiz von der Anklage des Widerstandes gegen einen Beamten und der Verleumdung eines solchen freigesprochen. Der im Januar 1885 geborene Angeklagte besuchte die Fortbildungsschule in Schleiz und hat wiederholt wegen schlechten Betragens Anlaß zu Tadel gegeben. Eines Sonntags kam er in Holzpantoffeln zum Unterricht. Der als Zeichenlehrer fungierende Stadtbaumeister W. richtete dies als ungebührlich, worauf Jech antwortete, er habe keine anderen Schuhe; wenn sie ihm nicht recht seien, so möge er ihn andere kaufen. Einige Zeit später saß Jech da, ohne zu arbeiten. Zur Rede gestellt, sagte er, er habe keinen Meißel. Der Lehrer forderte den Schüler J. auf, seinen Meißel zu zerhacken und dem Jech die Hälfte davon zu geben. Als beim Zerhacken des Meißelstiftes die eine Hälfte zerbrach und das Blei herausfiel, lachte Jech hämisch. Der Lehrer gab ihm dafür eine Ohrfeige. Jech erhob nun gegen ihn die Hand und rief: Schlagen Sie mich noch einmal und Sie kriegen den den Holzpantoffel an den Kopf! Der Lehrer wies ihn mit aus dem Zimmer, aber auf dem Wege nach außen lärmte der Angeklagte noch. Die Anklage ging davon aus, daß ein Lehrer an der Fortbildungsschule ein Beamter ist, daß das Erheben des Armes gegen einen solchen als Widerstand gegen die Staatsgewalt anzusehen ist und daß in den Worten des Angeklagten eine Verhöhnung des Lehrers liegt. Das Landgericht erkannte auf Freisprechung, weil der Lehrer nicht in Ausübung seines Amtes gehandelt habe, denn das Schlagen an den Kopf sei als Bückigungsmittel nicht gestattet. Eine Verleumdung sei weder in dem Heben des Armes noch in den Worten des Angeklagten zu finden. Wolle man es aber thun, so müsse angenommen werden, daß dem Angeklagten die Einsicht in die Strafbarkeit seines Thuns gefehlt habe. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Landgericht das Urteil wegen ungenügender Feststellung des negativen Thatbestandes auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Ein Mangel wurde auch darin gefunden, daß das Urteil nicht die Frage erörtert hat, ob der Angeklagte in einer Besserungsanstalt unterzubringen ist.

Gotha, 21. April. Unser hiesiges Parteiorgan schreibt: Nicht die bürgerliche Presse geht wiederum eine verlogene Rede, nach der Genosse Bod in der Versammlung in Coburg gesagt haben soll, wir, d. h. die sozialdemokratische Fraktion, hätten volles Vertrauen zu dem jetzigen Ministerium. Genosse Bod hatte bei Besprechung der Steuererlasse einfach die Haltung des Ministeriums strenge und die des jetzigen Ministeriums in dieser Frage verglichen und dabei bemerkt, daß wir zu dem jetzigen Ministerium allerdings mehr Vertrauen hätten als zum Ministerium strenge. Die Absicht dieser Reden in der gegenwärtigen Presse ist so durchsichtig, daß man sich darüber nicht aufzuregen braucht.

s. d. Greiz, 22. April. Der Landtag des Fürstentums Reuß a. O. tritt nächsten Sonnabend hier zusammen zur Empfangnahme des Testaments des verstorbenen Fürsten und zur Regelung der Regentenschaftsfrage.